

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 5000 Mark. Einzelne Nummern 200 Mark.  
Bemüher: Reichspoststelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postgeschäftsstelle Dresden Nr. 2488.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzelle oder deren Raum im Ankündigungsblatt 400 M., die 66 mm breite Grundzelle oder deren Raum im amtlichen Teil 800 M., unter Einschluß 1000 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Blätter, Biegungsbücher der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesversicherungsanstalt, Verkaufsbücher von Holzplatten auf den Staatsforstrevieren.

Berantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 93

Sonnabend, 21. April

1923

## Ein neuer französisch-belgischer Reparationsplan. Die französische Regierung dementiert.

Die Möglichkeit eines deutsch-französischen Friedensschlusses hängt in einem immer dichteren Netzwerk von Entwürfen. Vor den deutschen Vorschlag, dessen Umriss während der Parlamentswoche hinreichend deutlich wurde, schließt sich der belgisch-französische, und schließlich erinnert auch England von neuem an seinen Januarplan. In Verhandlungen der Vereinten Nationen die eigentliche Reparationsfrage lösen zu helfen, schlägt es demnach so wenig, wie an Verhandlungsgesprächen. Aber wie steht es mit den Aussichten, daß es tatsächlich zur Verhandlung kommt? Auch ohne auf die Einzelheiten der verschiedenen Pläne einzugehen, kann man sagen, daß nicht sie mit ihren Besonderheiten den Frieden erschweren. Über Summen, Zahlungsort, Bürgschaften, überhaupt über den Inhalt der Reparationsvorschläge sich zu einigen, würde verhältnismäßig leicht sein; die wirtschaftlichen Leistungen werden ja ohnehin durch Tatsachen, also durch die Fähigkeit des Schuldners, im besonderen durch die Kreditverlässlichkeit der Ausleihgeber bestimmt. Entscheidend sind nicht die Bitten, sondern ist das, was hinter den Vorschlägen steht: die politischen Voraussetzungen, unter denen die Hauptbestrebungen vereilt sind, den Vertrag miteinander zu schließen, und das Maß von Vertretungen, das einer der Ansprüche des anderen entgegensteht.

Auf deutscher Seite ist diese Ansprüchlichkeit durch den Drang der Nachbarn bedingt. Deutschland könnte ein hinterhältiges Angebot machen, weil, erstens, seine Welgerung, Gebiets- und Hoheitsrechte des Reiches wiederzugeben, unabdinglich ist, und weil, zweitens, daß Maß der deutschen Reparationsleistung ja doch von Fremden bestimmt wird.

Schwieriger ist es, sich von den entsprechenden Ansprüchlichkeiten französischer Vorschläge zu überzeugen. Ein von Barthou und dem Belgier Delacroix gemeinsam ausgearbeiteter Reparationsplan liegt jetzt in den Grundzügen vor. Das Höchstmass der Verzahlungen, deren man Deutschland für fähig hält, wird darin vorzüglicher und wirtschaftsnäher, als es früher geschah, gesetzt, nämlich auf 26 Milliarden. Die Versässler und Londoner Schätzungen sind ausdrücklich aufgegeben. Aber Frankreich will gleichwohl auf seine Kosten kommen, indem es das Gehende durch eine Reihe „wirtschaftlicher Ablösungen“ ergänzt. Diese Verträge sind so zu denken, daß die an sich leistungsschwächer französische Wirtschaft durch ein System künftiger „Vorgaben“ der deutschen mindestens ebenbürtig gemacht werden soll.

### Das Projekt Barthou und Delacroix.

Paris, 20. April.

Gestern fand am Quai d'Orsay eine neue Konferenz statt, die sich mit der Ausarbeitung des Reparationsplanes beschäftigte. Daraan nahmen teil Ministerpräsident Poincaré, die Minister Rebeil und Le Trocquer, die französischen Vertreter in der Reparationskommission Barthou und Maury, Wissenschaftsdirektor Seydoux, die Sachverständigen Tonnerre und Guillaume, sowie der politische Direktor am Quai d'Orsay, Peretti de la Rocca.

Der wirtschaftliche Mitarbeiter des „Journal“, Lucien Chassaigne, bringt einen ausführlichen Artikel über ein Projekt Barthou und Delacroix, das die von Frankreich und Belgien gemeinsam erwogenen Ideen enthalten soll. Dieses Projekt sieht eine Lösung des Reparationsproblems nicht ausschließlich von der finanziellen Seite vor, sondern vielmehr durch große wirtschaftliche Maßnahmen mit Deutschland.

Es steht fest, daß Deutschland, selbst unter den günstigsten Bedingungen, die im Vertrag vorgeesehenen Summen nicht zahlen kann, und zwar weder in Gold noch in Natur. Insbesondere werde von

den 132 Milliarden nicht die Hälfte sein können. Als man diese Summe übrigens in London schätzte, habe man noch daran geglaubt, daß die Alliierten Frankreich die Rückzahlung der Schulden erlassen würden. Deutschland würde nur der Wiederaufbau des zerstörten Gebäudes zur Bezahlung ausserlegt werden; auf die Zahlung der Renten scheine man bereits verzichten zu wollen. Im ganzen würde eine Summe von 36 Milliarden Goldmark gefordert werden.

Um aber diesen Beitrag zu erhöhen, würde man mit den deutschen Industriellen Vereinbarungen treffen, aus denen ganz Frankreich Nutzen ziehen könnte. Einige solcher Vereinbarungen seien unbedingt notwendig, insbesondere jene, welche die Verteilung von Rohstoffen und Erzen zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien regeln müßten. Aber auch in der mechanischen, chemischen und Textilindustrie müßten solche Vereinbarungen geschehen. Entscheidend sind nicht die Bitten, sondern ist das, was hinter den Vorschlägen steht:

die politischen Voraussetzungen, unter denen die Hauptbestrebungen vereilt sind, den Vertrag miteinander zu schließen, und das Maß von Vertretungen, das einer der Ansprüche des anderen entgegensteht.

Auf deutscher Seite ist diese Ansprüchlichkeit durch den Drang der Nachbarn bedingt. Deutschland könnte ein hinterhältiges Angebot machen, weil, erstens, seine Welgerung, Gebiets- und Hoheitsrechte des Reiches wiederzugeben, unabdinglich ist, und weil, zweitens,

daß Maß der deutschen Reparationsleistung ja doch von Fremden bestimmt wird.

Schwieriger ist es, sich von den entsprechenden Ansprüchlichkeiten französischer Vorschläge zu überzeugen. Ein von Barthou und dem Belgier Delacroix gemeinsam ausgearbeiteter Reparationsplan liegt jetzt in den Grundzügen vor. Das Höchstmass der Verzahlungen, deren man Deutschland für fähig hält, wird darin vorzüglicher und wirtschaftsnäher, als es früher geschah, gesetzt, nämlich auf 26 Milliarden. Die Versässler und Londoner Schätzungen sind ausdrücklich aufgegeben. Aber Frankreich will gleichwohl auf seine Kosten kommen, indem es das Gehende durch eine Reihe „wirtschaftlicher Ablösungen“ ergänzt. Diese Verträge sind so zu denken, daß die an sich leistungsschwächer französische Wirtschaft durch ein System künftiger „Vorgaben“ der deutschen mindestens ebenbürtig gemacht werden soll.

Die Ruhe wieder hergestellt.

Essen, 21. April.

In Mülheim war gestern in den Abendstunden die Ruhe wieder hergestellt. Die Straßenbahnen fuhren wieder, in allen Betrieben wird gearbeitet. Der Beschluß der Funktionäre

der Firma Thyssen, in den Generalstreik zu treten, wurde von der Arbeiterschaft abgelehnt. An den Unruhen haben sich

eine große Anzahl auswärtiger Kommunisten beteiligt. Es steht einwandfrei fest, daß die Belegschaft der kommunalischen Firma Dierckx und Duisburg fast vollständig in Mülheim-Aue war.

Die Räumung der Stadt von den Aufrührern erfolgte am Freitag morgen gegen 5 Uhr durch

die Mülheimer Polizei, die durch Kriminalbeamte der umliegenden Städte verstärkt war.

Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete.

Über Einzelheiten berichtet das nachstehende Teleggramm:

Mülheim a. R., 20. April.

Nachdem durch die große Sicherungskommission die Stadt von der Herrschaft der Aufrührer befreit worden ist, ziegen die Straßen, abgesehen von Zusammenkünften Rangierer, wieder das gewohnte Bild. Die Aufrührer üben einen unerträglichen Terror aus. Bewaffnete hielten die Straßen besetzt und unterhielten die Passanten; einem wurden 220 000 Mark geraubt, andere wurden getreten und geschlagen.

Auch wurde häufig geschossen. Um 7½ Uhr abends kamen vier der Aufrührer in das Lokal des Wirtes Johann Rosenthal in Mülheim-Breitscheid und tranken dort Bier. Mit den Worten, daß sie in zehn Minuten wieder kämen, um zu bezahlen, gingen die Bute fort, erschienen nach tatsächlich 10 Minuten später vor dem vom Bier geschlossenen Lokal, schlugen gegen die Tür und verlangten Einlaß. Als Rosenthal öffnete, wurde er sofort durch Schüsse tot niedergeschossen. Sein Sohn erhielt vier Messerstiche, ein als Bier anwesender Schreiber leicht verletzt.

in Deutschland aus dem passiven Widerstand Nutzen gezogen hätten.

Doch die Beratungen der französischen Minister und Sachverständigen in vollem Einvernehmen mit den belgischen Delegierten Delacroix und Bemond Holländen, wurde offiziell erklärt. Es ist auch so gut wie sicher, daß Ende April Poincaré den gemeinsamen Entwurf nach Brüssel bringen wird, und es wird weiter behauptet, daß nach erfolgter Einigung der französischen mit der belgischen Regierung Thiers nach London und Gaspar nach Rom reisen würden, um die anderen Alliierten zu informieren. Dies alles ist dem „Tempo“ natürlich bekannt, aber er möchte eine Entscheidung verhindern, die nicht seinem Standpunkt entspricht.

\* \* \*

Paris, 21. April.

Die ausführlichen Berichte der gestrigen Presse über die Aufführung eines besonderen französischen Reparationsprogramms und dessen Verbindung mit einem von den beiden belgischen Vertretern in der Reparationskommission ausgearbeiteten Vorschlag geben dem Quai d'Orsay keine Veranlassung zu der Feststellung, daß sich die unter Vorsitz Poincaré tagende Kommission nicht mit einem solchen Plan befähigt habe. Alle Berichte in diesem Zusammenhang entbehren daher auch der authentischen Grundlage. Der Standpunkt der französischen Regierung in der Reparationsfrage habe sich in keiner Weise verändert und sei der Öffentlichkeit durch die verschiedenen Kundgebungen des Ministerpräsidenten genügend bekannt geworden.

Von dieser offiziellen Ablehnung halten die gutinformierten Pariser Kreise daran fest, daß gegenwärtig auf französischer und belgischer Seite eifrig an einem gemeinsamen Programm für kommende Verhandlungen — zunächst mit England — gearbeitet wird.

England gegen die Amtsenthebung Hayfels.

London, 20. April.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, daß die Frage der Enthebung des Fürsten Hayfels durch die französischen und belgischen Mitglieder der Rheinlandkommission wahrscheinlich auf der Botschaftskonferenz zur Sprache kommen werde. Bereits seit einigen Wochen werde von den französischen in die britische Regierung gedrungen, um ihr verständlich zu machen, daß es zweckmäßig sei, den Fürsten Hayfels mit seinem Stabe loszuwerden. Das britische Auswärtige Amt habe jedoch wiederholt nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß die Ernennung des Fürsten Hayfels von der Botschaftskonferenz ausgeheizt wurde, doch daher die Frage seiner Beleidigung und der Aufhebung seines Bureaus ebenfalls Sache dieser Ämterchaft sei.

## Nach den Straßenkämpfen in Mülheim.

Die Ruhe wieder hergestellt.

Essen, 21. April.

In Mülheim war gestern in den Abendstunden die Ruhe wieder hergestellt. Die Straßenbahnen fuhren wieder, in allen Betrieben wird gearbeitet. Der Beschluß der Funktionäre

der Firma Thyssen, in den Generalstreik zu treten, wurde von der Arbeiterschaft abgelehnt.

An den Unruhen haben sich

eine große Anzahl auswärtiger Kommunisten beteiligt.

Es steht einwandfrei fest, daß die Belegschaft der kommunalischen Firma Dierckx und Duisburg fast vollständig in Mülheim-Aue war.

Die Räumung der Stadt von den Aufrührern erfolgte am Freitag morgen gegen 5 Uhr durch

die Mülheimer Polizei, die durch Kriminalbeamte der umliegenden Städte verstärkt war.

Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete.

Über Einzelheiten berichtet das nachstehende Teleggramm:

Zwei deutsche Kriminalbeamte wurden bei dem Einbinden der Kommunisten ins Rathaus von diesen festgenommen und den Franzosen zugesetzt, wobei sie in Haft gehalten wurden, weil sie Revolver bei sich hatten. Die Arbeiterschaft der großen Mülheimer Werke, die etwa 100 000 Mann zählt, hatte es abgelehnt, in einen Sympathiekreis einzutreten.

### Französische Kommentare.

Paris, 20. April.

Der „Intendant“ teilt mit, daß heute nachmittag keine Depeschen aus dem Außenbezirk in Paris eingetroffen seien, weder im Ministerium des Auswärtigen, noch bei den privaten Agenturen. Die Zeitungen beginnen sich deshalb damit, sehr ähnlich die Arbeitslosenkrise in Mülheim zu schildern. Sie berichten, daß am gestrigen Abend die Stadt Mülheim vollkommen in den Händen der Arbeitslosen gewesen sei, und daß Essen von einem gleich

en Schicksal bedroht werde. Die Antwortung für diese Unruhen wird der Reichsregierung zugeschoben, die „systematisch den Stillstand der industriellen Tätigkeit im Außenbezirk veranlaßt“ habe! Die Reichsregierung hat geöffnet, daß die Arbeitslosen sich gegen die Franzosen wenden würden, aber diese Erwartung habe sich nicht erfüllt. Berlin ist darüber verwundert, daß wie nicht eingreifen, aber es hat kein Recht, sich zu beklagen“, schreibt

der „Intendant“ und enthält damit die französische Ansicht, durch innere Unruhen in den Städten Deutschlands den Außenbezirk zu brechen. Daß die Auslösung der Schupolizei allen unruhigen Elementen den Weg freigemacht hat, wird hier nicht bestreiten; aber es scheint keine Neigung zu bestehen, der deutschen Regierung in diesem Falle die Möglichkeit zu geben, den Außen-

mit eigener Kraft zu unterdrücken.

## Reparationsdebatte im Oberhaus.

**Lord Curzon wünscht deutsch-französische Verhandlungen.**

London, 20. April.

Im Oberhause stand heute die lang erwartete Debatte über die Ruhrbesetzung statt. Die Debatte wurde durch eine Rede des Lord Bugmayer eingeleitet. In Deutschland, so schreibt er unter anderem aus, sei eine dünne Schicht aufgetreten, die den falschen Eindruck von dem Reichum Deutschlands erweckt. Der größte Teil der deutschen Bevölkerung habe dagegen schwere Einschätzungen zu leiden, was die Unzufriedenheit der Bevölkerung sei und der auf Not zurückführende Todesschärfen beweise. Die Ruhrbesetzung sei nicht im Friedensvertrag vorgesehen, und wenn dem Verderben kein Gehalt geboten werde, so würde man Deutschland in die Arme Russlands treiben, und dann könne man alle Hoffnungen auf Entwicklung der europäischen Krise vergraben. In einem europäischen Krieg werde auch England mit hineingezogen werden. Ohne Verständigung zwischen Deutschland, Frankreich und England sei kein Frieden möglich. Lord Bugmayer verwies schließlich auf den Völkerbund, dem der gegenwärtige Konflikt zu unterstehen sei.

Die Antwort auf diese Rede erzielte Lord Curzon. Lord Curons Rede hatte einen ausgesprochen historischen Charakter. Er begann mit dem Jahre 1922, in dem Deutschland um ein Moratorium bat, berührte sodann die Arbeiten und Pläne der Reparationskommission bis zum Januar 1923 und legte dann den Bonner-Lausitzer Reparationsplan vom Januar 1923 vor. Er erinnerte daran, dass der Abholzung dieses Platzes habe England eine Großzügigkeit gegenüber Frankreich bewiesen, wie es wohl kein anderes Volk getan hätte. Trotzdem wurde der englische Plan von Frankreich abgelehnt. Ihretwegen lehnte dann die englische Regierung die Teilnahme am Ruhrabenteuer ab.

Curzon verteidigte sodann die passive Politik der englischen Regierung und führte hierbei u. a. aus: „Hätten wir interveniert, so hätten wir einen Fehler begangen. Es ist zweitens besser, nichts zu tun, als etwas falsches zu tun. Die Entente darf nicht gebrochen werden. Sie ist die Grundlage des europäischen Friedens. Der beste Effekt unserer Politik ist, dass sie uns in eine Lage versetzt hat, in der wir jederzeit intervenieren können. Dagegen habe ich in allen Debatten über die Ruhrfrage noch keinen einzigen greifbaren Vorschlag gefunden. Die Prophezeiung, dass die Besetzung der Ruhr nicht lohnen werde, hat sich bewährt. Seit dem Beginn der Okkupation sind hundert Tage vergangen, und es ist noch kein Ende abzusehen.“

Im weiteren Verlaufe seiner Rede sah Lord Curzon die verschiedenen Erklärungen zusammen, die von der deutschen und französischen Regierung abgegeben wurden. Er erwähnte die Brüsseler und die Pariser Konferenz, und dass Poincaré in ähnlichen seinen alten Standpunkt verteidigt habe. Bei dieser Stellung sei eine Intervention Wahnsinn. Zu Deutsch-

land übergehend sagte der englische Außenminister, dass das deutsche Volk eine überraschende Widerstandskraft gezeigt habe. Es habe zugleich bewiesen, dass es willens sei, Entbehrungen zu ertragen. Lord Curzon erwähnte den deutschen Vorschlag, entsprechend der Anregung des amerikanischen Staatssekretärs Hughes ein internationales Expertenkomitee einzuberufen und sprach weiter von dem deutschen Vorschlag eines dreijährigen Garantievertrages zwischen England, Frankreich, Deutschland und Italien, von dem sogenannten Bergmannschen Reparationsplan und den Projekten für eine internationale Anleihe. Deutschland habe seinen Standpunkt, nur nach vorheriger Räumung des Ruhrgebietes zu unterhandeln, aufgegeben. Gegen eins aber habe die deutsche Regierung immer entschieden protestiert: gegen eine Beschränkung ihrer Staatshoheit im Rheinland.

Lord Curzon nahm sodann den Bericht zur Hand, den die Mitglieder der Arbeitsempfehlung nach ihrem Besuch des Ruhrgebietes ausgearbeitet haben. Wenn der Bericht eine dauernde Fühlungsnaht mit beiden Parteien, Deutschland und Frankreich, fordere, so sei das genau das, was die englische Regierung seit drei Monaten getan habe.

Er versicherte, dass Deutschland widerstreite, unter den heutigen Umständen eine hohe Reparationssumme zu nennen. Aber Deutschland müsse Beweise seiner Fahrtbereitschaft geben und Garantien vorzuschlagen. Hierzu müsse man kommen, und das habe er bei der deutschen Regierung immer angezeigt.

Lord Curzon fasste schließlich die Regierungspolitik in folgenden Worten zusammen: „Unsere Politik beruht auf der Entente als der einzigen soliden Basis Europas. Ihre Aufrechterhaltung ist unser Hauptprinzip im Wesen wie im Außen. In Übereinstimmung hiermit werden wir unsere neutrale Haltung bewahren.“

Deutschland wird keine Errichtung von Ruhrgebiet erhalten. Wir sind bereit, die Sicherheitsfrage zu regeln, vorausgesetzt, dass sie nicht zu einer Zersetzung Deutschlands führt. Unsere Reparationsforderungen werden wir nicht aufzugeben. Die Kriegsschulden der Alliierten betrachten wir als ein internationales Problem. Wir sind nicht ohne Hoffnung, dass es aus dieser Weise zu einer Lösung des gegenwärtigen Konflikts kommen wird. Sowohl auf französischer wie auf deutscher Seite deute Symptome auf eine zunehmende Bereitschaft zum Diskutieren hin. Wir ermutigen beide Völker hierzu und hoffen, dass sie einmal zusammenkommen werden. Dies ist ein Weltproblem.“

**Lord Greys Ratschläge.**

London, 21. April.

Lord Grey teilte gestern im Oberhause: Die Fragen der Reparationen und der Sicherheiten für Frankreich und Belgien

sieben viel enger mit einander verbunden, als Lord Curzon zu verstehen gegeben habe. Man wisse, wie schwer der Kampf sei, um den britischen Kredit aufrecht zu erhalten. Man wisse auch, dass die französische finanzielle Lage noch schwieriger als die britische sei. Es sei wichtig, dass Frankreich Reparationszahlungen von Deutschland erhalten müsse, wenn seine verwüsteten Gebiete wieder hergestellt und seine finanziellen Interessen geschützt werden sollten. Der französische Kredit werde nur aufrecht erhalten, wenn Frankreich Zahlungen von Deutschland erhalten könne. Denn die Regierungskommission des Saargebietes kann diese Zahlungen nicht leisten, bevor sie den Kredit wieder hergestellt sei. Der Kampf, der zwischen beiden Ländern im Gange sei, bestehend auf der einen und passiver Widerstand auf der anderen Seite, sei katastrophal für beide Völker. Er bringe die Reparationsfrage einer Lösung nicht näher. Denn es möge es Deutschland unmöglich, ein so gutes Angebot zu machen, wie es vor der Besetzung hätte machen können. Frankreich erhält weniger Kohlen von Deutschland, als es vor der Besetzung erhielt. Es sei zu dem riesigen Preis der Besatzungskosten. Je länger dieser Zustand dauere, um so schlimmer müsse die Lage für beide Völker werden. Es sei zu hoffen, dass beide zur Einsicht kommen würden, dass eine Verlängerung der augenblicklichen Lage bedenken würde, dass Deutschland immer weniger zahlen und Frankreich immer weniger erhalten könnte.

Wenn dies die wahre wirtschaftliche Seite der Lage sei, so wäre es sicher für Deutschland der Höhe wert, sodass es möglich ein Angebot zu machen, und für die französische Regierung, dieses Angebot entgegenzunehmen und ihm günstig Erwagungen zu widmen.

Über die vitale Frage der Sicherheit sagte Lord Grey: Er glaube nicht, dass die Franzosen je das deutsche Gebiet verlassen würden, bevor sie nicht allein eine Regelung der Reparationsfrage, sondern Sicherheiten für die Zukunft erhalten hätten. Dies sei sehr natürlich und wohl zu verstehen. England müsse mit diesem Standpunkt sympathisieren. Frankreich fühle sich für die Zukunft, wenn auch nicht für die Gegenwart unruhig.

Er glaube, dass die Ruhrpolizei Frankreich keine Sicherheit für die Zukunft gebe. Es sei vielleicht die Saar für die Revanche. Diese Politik werde Deutschland mehr und mehr dazu treiben, noch einer Vereinbarung mit Ruhrland auszuweichen. Er sehe keine wirkliche Sicherheit für die Zukunft, wenn Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes werde und wenn nicht eine starke Vereinbarung mit Frankreich besteht. Wenn die einzige große Sicherheit für Frankreich und für alle Nationen werde für die Zukunft nur dann gelassen, wenn der Völkerbund eine starke Wirklichkeit werde.

## Saarfragen im Völkerbundsrat.

Gens, 20. April.

In den kommenden Tagen wird sich der Völkerbundsrat erneut mit politischen und wirtschaftlichen Fragen, die das Saargebiet betreffen, beschäftigen. Zu diesem Zweck sind Vertreter des Saarparlaments nach Gens gereist. Einer dieser Vertreter macht unserm Mitarbeiter folgende interessante Mitteilungen:

Das gewaltigste Hindernis zur Erbringung unserer vertraglichen Rechte liegt uns Frankreich entgegen, das nach Erfahrungen einflussreicher französischer Politiker seine Aspirationen auf die Einverleibung des Saargebietes in allen möglichen Formen weiter pflegt. Das Saargebiet ist solange das Objekt der internationalen Politik, solange auch Deutschland dies ist.

Die Lebensfrage für das Saargebiet ist heute der große Bergarbeiterkrieg, der nunmehr schon 10 Wochen andauert, ohne dass die Regierungskommission des Saargebietes ihrer Pflicht nachgekommen wäre. Die Schilderung der Untätigkeit aller Instanzen der gesamten Wirtschaftslage, der Ursachen und Wirkungen des Streiks und der Möglichkeiten der Verbesserung hat im Völkerbundrat außerordentliches Interesse erregt. Sodass eine eingehende Besprechung dieser Dinge im Rat zwecklos zu erwarten ist. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung ist die Frage der Nachfolgerwahl des Heftordes, des bisheriger „Saarländischen“ Mitgliedes der Regierungskommission. Hier hat der Rat ein lebendiges Beispiel erlebt müssen, wie berechtigt es gegen das Verrätereum Helios gerichteten Warnungen und Angriffen waren. Unsere Bemühungen haben das Ziel, dem Völkerbundrate häufig darüber Beweisführung zu ersparen und ihm die Notwendigkeit klarzulegen, in die Regierungskommission nur ein solches „saarländisches Mitglied“ zu ernennen, das von dem Vertrauen der Bevölkerung geprägt ist. Hier gibt es entweder den Weg des Vorschlags durch Befragen der ganzen Bevölkerung oder des Landesrates, woselbst sich Konzen und Lord Robert Cecil in der letzten Versammlung des Völkerbundes schon aussprachen. Nur so hätten wir die Gewissheit, dass die Interessen der Bevölkerung auch wirklich in der Regierung wahrgenommen werden.

Die weitere zur Behandlung stehende Erweiterung der lokalen Gendarmerie benötigt interessanter Einwendungen. Würde der Vorschlag der Regierungskommission — die Gendarmerie nur um 200 Mann zu erweitern — Anlass finden, so wäre nicht abzuwischen, welche die Aufführung bis auf 4000 Mann beanspruchen würde, welche die Regierung — im Gegenzug zu uns — für nötig hält. Der Abbau der französischen Truppen würde politisch auf den Saar-Rummelskriegstag verschoben. Dass die Regierungskommission sich überhaupt gewungen sieht, endlich ein „Programm über den Aufbau der lokalen Gendarmerie“ vorzulegen, ist ein Verdienst Brantings.

## Irlands Aufnahmegerüsch in den Völkerbund.

Gens, 21. April.

Aus durchaus zuverlässiger Quelle wird bekannt, dass ein Vertreter des irischen Freistaates in Gens weilte und gestern ein Schreiben seiner Regierung im Völkerbundsrat übertragen hat, durch das Irland die Aufnahme in den Völkerbund nachsucht.

## Hungerblockade und Körpermasse.

Dass die jüngsten Zeiten der Hungerblockade während des Krieges für unser Volk wiederzuleben beginnen, ist eine Tatsache, auf die weitreichende Kräfte immer nachdrücklicher aufmerksam machen. Einem Beweis für diese traurige Errscheinung bilden die in großem Umfang und mit größter Genauigkeit durchgeführten Messungen des Arztes der Sozialen Lebensversicherungsbank, Dr. Franz Fischer, über die er in der „Allgemeinen Wochenschrift“ Näheres mitteilt. Er hat die an den Verhältern der Sozialen Lebensversicherungsbank gewonnenen Maß- und Gewichtszahlen auf ihre Bedeutung für die Völkerndurchgang hin untersucht und zwei Versuchsreihen aufgestellt. In der ersten wurden jähre Verluste zusammengefasst, die bis zu Anfang des Jahres 1922 mehrere Anträge vor, in und nach dem Krieg gezeigt hatten, also wiederholt gemessen worden waren. In der zweiten Reihe wurde von zwei Kriegsjahrgängen und den Jahrgängen seit 1915 je eine gleich große Gruppe von Neuversicherten herausgezogen und die Masse, getrennt nach Altersklassen, miteinander verglichen. Die durchschnittlichen Gewichte, Brust und Bauchmaße stehen mit dem Alter in einem bestimmten, gesetzmäßigen Zusammenhang, und es lohnt sich daran festen Schlüsse auf die Ernährung des Betreffenden zu ziehen. Es zeigt sich, dass die Masse und Gewichte von 1916 ein langsam sinken und allmählich immer später herabgehen bis zu dem Höhepunkt von 1918. Von da beginnt bis zum Anfang 1922, bis wohin die Untersuchung nur reicht, ein allmähliches Aufheben. Jedoch ist zu Beginn des vierten „Friedens“jahres 1922 noch nicht der Stand des Jahres 1915 erreicht. Diese Abwärtbewegung bis 1918, die Erholung bis 1921 wird dann für das Jahr 1922 von einem neuzeitlichen Abfall gefolgt. Die Brust- und Bauchzahlen bewegen sich in derselben Richtung wie die Gewichtszahlen. Da die es interessant, dass von 1917 ab der Rückgang der Bauchmaße älter ist als der der Brust-

masse. 1919, das nach langer, fast stiller Zeit zum erstenmal wieder Aufschwung brachte, zeigt sofort eine mögliche Besserung. Von 1919–1921 bleibt der Brustumfang derselbe. Die Brust, die am Anfang ihres Zickzack verloren hat, ist nunmehr durch Knochen und Muskulatur in ihrer Form fixiert und hält ihr Roh ziemlich fest. Die Reaktionen erfolgen überwiegend an der Brust viel langsamer als am Bauch. Das zeigt sich in den jüngeren Jahren, wo der Bauch sich seiner früheren volleren Form wieder nähert, während die Brust noch auf ihrem tiefen Stande verharrt. Der Ernährungsrücksprung 1922 erfordert Brust sowohl wie Bauch und bringt sie auf das Niveau von 1918 zurück. Bei den hohen Mindestwerten, die sich hier für die Ernährung ergeben, ist zu berücksichtigen, dass die gemessenen Personen, die in die Lebensversicherung aufgenommen wurden, ein ausgesuchtes Material darstellen; denn Kinder und Kreise, die von der Aufnahme ausgeschlossen sind, werden überwiegend nicht mitgezählt und die Versicherungsbanken gehorben im allgemeinen zu Kreisen, deren Leben geordnet ist und denen es verhältnismäßig gut geht. Der Rückgang der Ernährung, der hier statistisch festgestellt ist, muss nun in der Folgezeit die schweren Einwirkungen auf die Gesundheit haben, namentlich die Tuberkulose. Außerdem, da besonders das Wachstum der Brust gefährdet ist. „Die Aufzählausichten des deutschen Volkes und der deutschen Kasse“, schließt Fischer, „sind auch vom gesundheitlichen Standpunkt aus sehr ernst.“

## Warum wir lachen.

Über das Lachen haben die Ärzte und Psychologen von Aristotle bis Freud sich die Köpfe zerbrochen. Neuerdings hat man nun in dem Lachen den Ausdruck eines Instinkts erkannt, der ebenso spezifisch ist, wie der Instinkt, der in Furcht und Angst seinen Ausdruck findet. Das Lachen ist danach eine Art für die Gesund-

heit des Organismus notwendigen und heilsamen Reaktionen, die für das soziale Gleichgewicht des Menschen sorgen. Nach den Ansichten des englischen Gelehrten Mr. Dougall, über dessen Theorie in der „Umschau“ berichtet wird, ist das Lachen dem Weinen nahe verwandt, und es wird durch diese Eigenschaft des Menschen eigentlich ein dunkles Licht auf seine Natur geworfen. Das Lächeln besteht in einer gewöhnlich unerwarteten Entäußerung unserer Kindesmutter. Da nur die Schadenfreude nicht nur nach dem Sprichwort, sondern auch nach der wissenschaftlichen Auffassung die reinste, die eigentliche Freude ist, so lachen wir, wenn einem anderen Menschen etwas Unerfreuliches passiert, in dem für uns angenehmen Menschen, dass wir gegen ein solches Unglück oder Leid gekämpft haben. Es ist eine allgemein anerkannte Tatsache, dass Gefühlsausbrüche unserer Mitmenschen und in ähnliche Gefühlsausbrüche verziehen. Wollten wir aber nun alle kleinen Leidenschaften unserer Umgebung gefühlsmäßig miterleben, so würde dies eine große Menge unangenehmer Empfindungen bei uns hervorrufen, wie würden wir in einem Zustand häuslicher Niedergeschlagenheit befinden, und unser Lebensgefühl würde in schädlicher Weise herabgesetzt werden. Gegen diese Schädigung unserer Vitalität hält und das Lachen. Es ist eine Art Verteidigung einer gesunden Seele gegen den Ausstrom der traurigen Gefühle, denen wir beständig ausgesetzt sind. Wie unterdrücken, indem wir lachen und gewinnen auf diesem angenehmen körperlichen Reiz. Die Natur hat demnach in ihrer Weisheit unseres instinktiven Reiz zum Wissenden freier einen seltsamen Reiz zugesetzt, der die unangenehmen Gefühle des Mitleid abwehrt. ähnlich wie Liebe und Hass, wie Furcht und Verlangen entspringen Lachen und Weinen identischen Impulsen. Das Lachen zeigt dafür, dass die durch die Natur verursachte Siedlung des sozialen Gleichgewichtes wieder aufgehoben wird. So ist gerade an diesem Abend noch einen Mozart haben

Lachen letzten Endes eine uns härende an genueße Abwehr gegen das Übel in uns.

**Toulousteuerverein.** (3. Aufführungstagend.) Es war der leise der Aufführungsende, der gestern im Gewerbehaus die übliche zahlreiche und andächtige Hörethalt veranlasst hatte. Eröffnet wurde er mit einem Quintett für Klavier, Oboe, Klarinette, Basson und Horn von Walter Giesecke, das zunächst etwas zähm anmutete. Man hatte von dem jungen Virtuosen, der sich so tapfer für neuzeitliche Schaffen einsetzt, andere Klänge erwartet. Seine Musik hält sich etwas zu sehr an der Oberfläche, auch im Kontrastiv. Es fehlt den vorwiegend lyrischen Gefühlen und Stimmungen an kräftigen Gegenjäcken, und dessen Andante gibt eine gewisse Einsöniglichkeit der Klangkombinationen wie der Modulation sogar einen etwas ermüdenden Charakter. In den Augenblicken hätte man in der Aufführung allerdings auch im ganzen, wohl im Sinne des Komponisten, stärkere Impulse gewünscht. Nach Giesecke debütierte Józef Dobrowolski, der junge russische Kapellmeister, der mit an der Wiege des glänzenden Erfolgs des „Boris Godunow“ stand. Man hörte zuerst fünf Frühlingslieder, die in mit aber offensichtlich keine rechte Frühlingsstimmung zu erwarten vermochten. Edith Salié sang sie, vom Komponisten selbst begleitet. Aber mangels gesanglichen Melos konnten sie keine gerade dankbare Aufgabe darstellen. Die folgende Fischtoll-Sonate für Violine und Klavier des selben Komponisten zeigte zum mindesten, dass er sich auf instrumentalem Boden ausköhlender versucht, als auf volalem. Erfindung ist auch hier nicht seine starke Seite, aber die Formvertrautheit und Sicherheit, mit der sich der Komponist seiner Aufgabe entledigt, wirkte gunstigwirksam, wie ein gewisse Ausdruck eines natürlichen Empfindens. An anerkennendem Beifall schätzte es Józef Dobrowolski und Theo Bauer (Violine) nicht. Sie beide sind ein besonderer Genuss gewesen sein, gerade an diesem Abend noch einen Mozart haben

# „Die sächsische Gefahr.“

Die wichtigste Rameur der „Sozials“ bringt einen Aufruf Robert Gehrke, der föderalistisch an den vom Ministerpräsidenten Dr. Seigner im Sachsen abgebrachten Regierungserklärung zu legen. Derartig wachst, dass seine Ausführungen die ehemalige Bezeichnung des Reichstags erneut, denn durch Appelle von Reichsdelegierten widerlegt werden. Er führt u. a. folgendermaßen:

Die lügerische Presse hat aus den Rücklinien, die von der sächsischen B.S.P. und K.P.D. als Programmgrundlage für das Kabinett Seigner vereinbart wurden, ein kommunistisches „Joch“ zusammengejubelt, unter das die Sozialdemokratie gekrochen sei. Die nötige Belebung über diesen Unfug hätten sich die, die es nötig haben, aus den Angriffen, mit denen die von Ruth Fischer geleitete kommunistische Opposition gegen ihre sächsischen Parteigenossen anprangt, ebenso halten können, wie aus der demokratischen „Bittauer Morgenzeitung“. Denn auf ihre Aufforderung: Einberufung eines Betriebskongresses zur gesetzgeberischen Mitwirkung, haben die Kommunisten verzichten müssen. Was an wesentlichen Punkten blieb, war die Aufstellung von proletarischen Selbstschutzbündnissen und Kontrollausschüssen zur Wucherbekämpfung. Die ersten hatte unsere Partei schon vor den Vereinbarungen beschlossen (in einigen Orten bestanden sie schon), die letzteren werden den smälichen Freiheitsprüfungsstellen in einer verhaftungsgleichartig durchaus zulässigen Weise angegliedert.

Wenn hier überhaupt jemand unter einem „Joch“ gelitten ist, dann sicher nicht die Sozialdemokratie. Dagegen haben die Kommunisten politischen Konsequenzen nachgeben müssen, denen sie nicht mehr ausweichen konnten. Denn auch Parolen haben schließlich ihre eigene Logik. Unter den Parolen der Arbeitersregierung und Einheitsfront verholzen die Böttcher und Genossen der Regierung Buch zum Sturz; das Wort Arbeitersregierung wurde zum Altkleinhittel, schlug in den kommunistischen Reihen dagegen ein, daß die Führer gleichzeitig Opfer ihrer eigenen Agitation wurden und den kommunistischen Stimmen aus den Betrieben nachgeben müssten. Wie weit dabei auch von Roskau aus auf gewisse politische Tatsachen aufmerksam gemacht wurde, wie weit jene ehemaligen Unabhängigen, die bei der Verschmelzung im Oktober nicht mit zur B.S.P.D., sondern zur K.P.D. abgewichen, möglicherweise — dies alles ist mehr zu mutmachen, als gradmäßig abzuschätzen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter Sachsen erwarteten die kritische Stimmung ihrer kommunistischen Mitarbeiter richtig. Das müssen auch die zugestehen, die ein einheitliches Zusammensein zwischen B.S.P.D. und K.P.D. im sächsischen Parlament auf ablehnen. Bei kaum denkbaren Händen. Wie lange die Zusammenarbeit möglich ist, ob der realpolitische Flügel in der K.P.D. sich gegen den antiparlamentarischen politischen Flügel durchgesetzt hat, das wird die Zukunft lehren. Jedenfalls, wenn von Sachsen und Thüringen das parlamentarische Zusammenarbeiten zwischen selber K.P.D. und S.P.D. ausging, warum soll sich, von diesen roten Buntstreifen her, nicht auch ein vernünftiges Verhältnis zwischen B.S.P.D. und K.P.D. anbahnen? Der gesellschaftlichen Entwicklung widerspricht es wahrscheinlich nicht, und so höher wie Koalitionsfragen als soziale Fragen zu behandeln haben, so gewiss Sachsen mit Regierungskreisen nunmehr genügend eingedeckt ist, so sicher bleibt es nun einmal die nächste Ausgabe der Sozial-

demokratie, alle antikapitalistischen Kräfte in eine sozialistische Front zu bringen.

Dass es ist, was der Gegner des Sozialismus erwarten, dass es ist, was sie am sächsischen Experiment fliehen und hassen, und darum in allen deutschen Städten überall über die sächsische „Gefahr“, wie der „Tag“ einen Artikel vom 14. April abschrieb. Selten ist mit Geschick über sozialistische „Verfolgungsverlegungen“ ein größerer Humbug verübt worden als im Fall der Programmserklärung Dr. Seigners.

II.

Mit welchem Verzerrungen soll die sächsische Regierungserklärung das Eingreifen der Reichsregierung nötig gemacht haben? Erstens, weil die sächsische Regierung ganz folgerichtig dargetan hat, daß noch ihrer Ansicht, eine Versöhnung mit Frankreich ohne ein großes Opfer des bestehenden Kloßes Deutschlands nicht denkbar ist, und daß die „Politik der Abwehr, des passiven Widerstands möglich“ ist, klar und eindeutig durch eine klare Politik positiver Vorschläge ergänzt werden muß. . . . Forderungen und Abschauungen, die von der gesamten Sozialdemokratie vertreten werden und die man täglich in unserer Parteipresse mit erheblich schärfster Agenturierung lesen kann.

Zweitens durch die Ankündigung von Kontrollausschüssen, eine Frage, die von Sachsen in verfassungsmäßig zulässiger Weise gelöst werden wird. Und drittens durch die Zustimmung zu proletarischen Selbstschutzbündnissen. An diesem Punkt erweist sich wieder einmal die sozialistische politische — logen wie höflich: Ungläubigkeit und Knobenerweichung jenes Bürgertums, das in Herrn Gehrke noch immer den geborenen Schuhmeister der Republik sieht. Die Entrückung des reaktionären Chorals aber wird hier zur widerlichen Komödie. Was besagt die Erklärung des sächsischen Ministerpräsidenten? Der proletarische Selbstschutz ist unbewaffnet; er kann nur gebündet werden zum Schutz des Eigentums der Arbeiterschaft, zur Abwehr eventueller Angriffe auf Verfassung und Republik; gegen alle anderen Zwecke und Ziele des Selbstschutzes müsste die Regierung entschieden einschreiten. Das Reich hat es in der Hand, diese Abwehrorganisationen gegenstandslos zu machen, wenn es dafür sorgt, daß die reaktionären Angstinformations mit aller Energie verschlagen werden. Ist es wirklich nötig, zur Befriedigung dieses gefundenen Standpunktes einer sozialistischen Regierung überhaupt noch etwas zu sagen?

Vor einiger Zeit beantragten die Sozialdemokraten und Demokraten im bayerischen Landtag das Verbot aller Selbstschutzbündnisse. Der Antrag wurde abgelehnt, nachdem die sozialdemokratische Arbeiterschaft Sachsen, trotz aller Seitenprägungen der Kommunisten, einer Koalition nach rechts hinzugetragen und gäh aus dem Wege ging! Wenn die Regierung Buch-Lipinski einmal einen sozialdemokratischen Amtshauptmann in den reaktionären Apparat einschob, wenn irgendwo eine monarchistische Periode abgeschoben wurde, dann zeigten sie über „Parteidiktatur“ und „rote Krippenwirtschaft“, wie es Volksparteier und Deutschnationale nicht können. Sie sind — von wenig rühmlichen Ausnahmen abgesehen — im Grunde genommen immer noch die Untertanen Friedrich Augusts, und jöge ihnen die sächsische Gipfelmühe nicht über den Kopf, so wäre die reaktionäre Hebe-

rennen Rummel zum Bürgerkrieg nicht länger ohne Begrenzung anzusehen. Bitte, Herr Reichsminister, Sie haben es in der Hand, den Spuk zu bannen; sangen Sie an in Bayern, Schlesien, Ostpreußen . . .

III.

Damit könnte man das Thema verlossen, wenn es für die deutsche Demokratie nicht eine besondere peinliche Seite hätte, nämlich die — Demokraten. Doch die Realität dem republikanischen Deutschland mit allen Mitteln der List und Heuchelei an den Hals will, das weiß man, aber — und nun wende man die Blinde noch einmal nach Sachsen. Was hätten dort die Demokraten zu den Besorgnissen der sozialdemokratischen Regierung um Republik und Verfassung zu sagen? Nichts, was ein verkappter Antirepublikaner nicht hätte freudig unterschreiben können; nichts von einer scharfen Anklage gegen das sächsische Treiben; nichts von entschiedenen Forderungen zur Sicherung der Republik. Sie hätten sich ja sonst vor allem mit ihrem Parteifreund Dr. Gehrke beschäftigen müssen. Sie stießen in ein Horn, das Ihnen Sirene man gereicht zu haben scheint. Man denkt an die zünftige Zeltion, die den sächsischen Demokraten vor kurzem der demokratische Reichstagabgeordnete Grodau im „Berliner Tageblatt“ erzielte, indem er ganz richtig darlegte, das sächsische Bürgertum habe es seiner Kürzlichkeit und Unzulänglichkeit zu danken, wenn es seit mehr als zwei Jahren von der Wirkung an den Regierungsgeschäften ausgeschaltet sei. Zum Thema Ministerstützteil schrieb er seinen Leuten ins Album:

... die nichtradikalistischen Parteien, einschließlich der Demokraten, haben darüber hinaus keine Selbstauslöschung hinweg, einen verhängnisvollen fällischen Fehler begangen, als sie vor sieben Wochen durch ihre Stimmen dem Mitherausvolumen der Kommunisten, das sich gegen den Minister Lipinski richtete, zur Annahme verhalfen und dadurch den Rücktritt des Gesamtministeriums Buch herbeiführten. Das war ebenso eine salige Rechnung, wie im vorigen Jahr das Verteilen von Landtagswahlmandaten. Wenn selbst die kleine Koalition mit den Demokraten von den sozialistischen Parteifunktionären abgelehnt worden ist, so darf eine Kellierung wohl darin gesunden werden, daß die Demokraten seit Jahren im sächsischen Landtag in der Opposition gegen die rein sozialistische Regierung mit den Rechtsparteien in einer Reihe standen...

Vielleicht denken die Demokraten einmal eingehender darüber nach, warum nur ein einziger reaktionärer Duzane die Weißgeklagten gegen Bayern gefordert? Die Würdener Regierung ist die Gesangene bewusster Söldnerbanden — hat die reaktionäre Presse dagegen bis heute etwas Ernsthaftes einzuwenden gehabt? Im Gegenteil: die salzige Landplage wird da wohlbekannt beschimpft und geflüstert. In weiten Teilen Deutschlands ist die sozialistische Arbeiterschaft fest entschlossen, sich dieses gemeinfahrlieche Affentheater und diesen frechen sozial-

demokratische Front zum Bürgerkrieg nicht länger ohne Begrenzung anzusehen. Bitte, Herr Reichsminister, Sie haben es in der Hand, den Spuk zu bannen; sangen Sie an in Bayern, Schlesien, Ostpreußen . . .

So werden die sächsischen Demokraten mit ihrer Gipfelmüigkeit zum trüben, aber neuen Abbild des sogenannten freilinigen deutschen Bürgertums, das, teils aus Inferiorität, teils aus angeborener Scham vor dem Erscheinen der Arbeiterschaftsbündnisse, zum Schlimmsten der Realität herabfällt. Demokraten jedoch, denen die Angst vor weiblicher Demokratie dauernd auf die Bekanung schlägt, müssen von den Machthabern der Entwicklung zurückziehen werden. Und auch dieser Prozeß entspricht einer Massenentwicklung, die unaufhaltbar ist.

In einem Kultus-Schreiben zur grauen Wölfe“ in Nr. 10 der „Zeitung“, die Wörth schreibt:

Der immer erneute Versuch unerter öffentlichen Meinung, betreffend die Stellungnahme des Auslands zum Bürgertum, besteht in der Annahme, die durchaus kritische Beurteilung der französischen Politik seitens der englisch-amerikanischen Finanzwelt bedeute eine Zustimmung zu der deutschen Argumentation. Wer zuviel beweist, der beweist nichts. Den deutschen Zeitungsschreiber kann man alles vormachen, auf das genau informierte Ausland aber macht die offizielle Rede von dem bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit betätigten Erfüllungswillen einen ganz fatalen Eindruck und zerstört rechtmäßig den seines moralischen Kredits deutscher offizieller Erklärungen. Eine wahre Wohlthat in mittler der Sicht auf, die sich aus dem allgemeinen Witzmachen mit einer Politik der illoyalen Argumentation ergeben hat, war daher die den Regel auf, den Kopf treffende Erklärung des sächsischen Ministerpräsidenten, daß ohne ein großes Opfer unserer besitzenden Klassen alle Declamationen über französische Rechtsbrüche auf das Ausland nicht den geringsten Eindruck machen könnten.“

## Tag es wirklich?

Die „Königliche“ nimmt Breitscheid zu.

Die außenpolitische Debatte im Reichstag scheint einige Früchte zu tragen. In der „Königlichen Zeitung“ (Nr. 27) befindet sich ein bemerkenswerter Artikel zum Abschluß der Debatte im Reichstag. In ihm heißt es unter anderem:

Der Abg. Dr. Breitscheid hat in einer sehr mahvollem, den nationalen Wünschen gerecht werdenden Rede diese Forderung flipp und klar aufgestellt. Die Regierung wird nicht umhin können, trotz manchen Bedenken materieller und psychologischer Art zu dieser Forderung nach objektiver und vorwiedriger Prüfung Stellung zu nehmen. Wir wollen unsererseits offen gestehen, daß die Frage des Angebots nach der Reichstagsausprache, vor allem nach den Reden der beiden sozialdemokratischen Führer, ein ganz anderes Gesicht bekommen hat. Vorher hätte man ein deutsches Angebot im Ausland zweifellos als ein mittelbares Eingeständnis der deutschen Schwäche und als ein Ermaten des polnischen Widerstandes im Kriegsgebiet anslegen können. Unter solchen Bedingungen, so wäre die sozialdemokratische mit der allergroßen

hören zu können. Welche Fülle an Ersindung lebt und blüht doch gerade in diesen Divertimenti auf, die der Tonkünstlerverein mit Fleiß so fortwährend pflegt.

**Niederabend.** Der Bassbariton Parish Williams sang gestern bei den Palmengarten-Bühnereien eine sehr freudliche Aufführung. Die Ausbildung des Sängers ist noch nicht abgeschlossen, besonders die höhere Lage leidet unter dem Mangel an Tonfestigkeit. Da heißt sich dann naturalistisches Singen ein mit den Begeisterungsfeiern des Unterstreichens und Drückens, wodurch die guten Wirkungen in der Mittellage und Tiefe geschmälert werden. Diese guten Wirkungen seien schon bei den Sängern in italienischer und englischer Sprache (Händel-Koloratur) auf. In „Johannes“ von Rhoda Elsberg ist eine althebräische Melodie sehr geschickt eingestochen. Dieses Stück dem Konzertgeber besonders gut. Bei den deutschen Niedern hätte die allzu breite und unruhige Bassabhandlung. Song zeigt sich gerade hier das musikalische Können des Williams, der mit Schumanns „Frühlingsnacht“ und dem „Soldat“ mit Recht großen Beifall erhielt. Nicht minder gefiel Brahms „Maiwahl“. Bei Strauß „Traum durch die Dämmerung“ war die Transponierung zu lieb; es gingen dadurch Tonmalereien der Begleitung verloren. Warum das? Es gibt ja genügend Parion-Lieder im Originalsatz. Am Höhepunkt war Rino A. Hartel offenbar ein außermäander und geschmackvoller Partner. D. S.

**Dresdner Volks-Sing-Akademie.** (Bachs Johannes-Passion.) An zwei hintereinander folgenden Abenden brachte jetzt die Akademie dieses Werk in den Neustädter Dreikönigs-Kirche zur Aufführung, das keinen Platz ähnlich nennen der Matthäus-Passion behauptet. Steht es auch, dem zugrunde liegenden Evangelium entsprechend, in der Schilderung des Dresdnerweges Christi an dramatischer Schlagkraft hinter jenem Werk zurück, so ist es doch in seinem musikalischen Gehalt keinesfalls niedriger zu bewerten, und das mildere Dicht, in das Johannes das Bild der Passion rückt, hat wieder seinen eigenen Reiz.

Die Dresdner Oper in Zürich. Um die Aufführung halte sich der erfreulicherweise der Akademie wieder gewonnene Johannes Reichert verdient gemacht. Seiner Leistung ist Eill nachzurühmen und die Einladung bezeugte Verständnis und Hingabe. Die Chöre funktionierten tadellos und die Philharmoniker stellten mit den Instrumentalisten auch einen trefflichen Chorleiter.

Unter den Vertretern der Gesangs-Parteien zog durch Vorzugskunst Karl Petron als Christus hervor. Hier war Eill und Größe der Aufschwung. Johanna Hesse bewegte sich läufig auf fremdem Boden. Hingegen waren wieder Franziska Bender-Schäfer und Hermann Göttsche silberne Interpreten ihrer Partien, und auch Alfonso Cecarini war durchaus am Höhe. Der ganze Abend bestreute jedenfalls, welchen wichtigen Faktor in unserem Russleben die Volks-Sing-Akademie darstellt. D. S.

**Theater.** Um die Aufführung halte sich der erfreulicherweise der Akademie wieder gewonnene Johannes Reichert verdient gemacht. Seiner Leistung ist Eill nachzurühmen und die Einladung bezeugte Verständnis und Hingabe. Die Chöre funktionierten tadellos und die Philharmoniker stellten mit den Instrumentalisten auch einen trefflichen Chorleiter.

Die Dresdner Oper in Zürich. Um die Aufführung halte sich der erfreulicherweise der Akademie wieder gewonnene Johannes Reichert verdient gemacht. Seiner Leistung ist Eill nachzurühmen und die Einladung bezeugte Verständnis und Hingabe. Die Chöre funktionierten tadellos und die Philharmoniker stellten mit den Instrumentalisten auch einen trefflichen Chorleiter.

Die Dresdner Oper in Zürich. Um die Aufführung halte sich der erfreulicherweise der Akademie wieder gewonne

salon Richter Neue York Frieda Bettingen, Paula Ludwig). — 2. Mai Palmenhofen Klavierabend Woltemar Archangelsky. — 3. Mai Vereinshaus Gret Palucca und Bertha Bartholomä, Tanzabend. (Kerten bei Ries.)

**Gegelbacher in der Frauenkirche.** An Stelle der bisherigen Sonnabendmessen, die als Folge wirtschaftlicher Verhältnisse unterbleiben müssen, wird Organist Alfred Höttiger regelmäßige Orgelbespielen veranstalten, bei denen auch Geistige und Instrumentalisten mitwirken werden. Erste Bespiel: Mittwoch, den 25. April, abends 6 Uhr.

**Katholische Kirche.** Morgen, Sonntag, vormittags 11 Uhr: Konzerte der Messe von Moar, Graduale: Jubilate Deo von Albiniger, Offertorium: Laudate dominum von Mozart.

**Theaternachrichten.** Sächsische Staatsoper, Opernhaus, Montag, den 23. April: „Woris Godunow“ mit Robert Burg in der Titelrolle, Gret Reisch-Hedder, Ludwig Ebdisch-Hans Schmid, Rudolf Ritter vom Wandtheater in Stuttgart — Demetrius (als Gott), Heleneotti (als Maria), Anfang 1/2 Uhr.

Dienstag, am 24. April: „Liebestand“ mit Waldemar Siegemann-Gebhard, Eva Plaßke von der Osten-Mariha, Günter Vogelstrom-Pedro, Anfang 1/2 Uhr.

Die Vorstellung „Woris Godunow“ am Sonntag, den 29. April, beginnt 1/2 Uhr.

**Schaupielen.** Als nächste Neuheit des Schauspiels wird gegenwärtig das Lustspiel „Maurer“ von Emil Göttl vorbereitet. Die Erstaufführung wird voraussichtlich am 5. Mai stattfinden. Die Einladung leitet W. B. Jil.

Montag, am 23. April: „Maria Stuart“, Elisabeth-Hedwig Herder, Maria Stuart — Antonia Dietrich, Anfang 1 Uhr.

**Residenztheater.** In der morgigen Aufführung von „Ali-Heidelberg“ spielt Trude Spalle vom Neustädter Schauspielhaus als Gast die Königin. Eröffnungskonzerte.

**Bölkwohlabende.** Montag, 23. April, Lieder- und Klavierabend Paul Korn und Milly Stephan von der Staatsoper, Dienstag Bölkwohlabend Jenny Schaffer-Bernstein und Otto Bernstein.

Anna Joachim-Schäfer spricht am 30. April im Kun-

Seite 4 zu Nr. 93.

Schäfe und Deutlichkeit widersprochen, sie hat sich im Gegenteil stark gemacht, bei einer ablehnenden Haltung Frankreichs gegenüber einem deutschen Angebot den Wiederaufbau im Nachgebiet bis auf das Außerordentliche zu heigen.“

Ebenso entschieden, wie sie das vollspartialelle Volk jetzt der Sorderung nach einem amtlichen Antrag entzieht, wendet es sich gegen die Deutschnationalen, deren Sprecher, Dr. Helfferich, nur Gründe dagegen vorgebracht hätte, die „nicht aus dem Reiche der Gefühle, als aus realpolitischen Erwägungen entsprungen sind.“ — Bei einer Würdigung dieser Gefühle werden wir uns immer die Fassung der Frage vorlegen müssen, inwieweit ein bestiegtes und verarmtes Volk sich den Augus der Rücksichtnahme aus Gefühl leisten kann, sollt nicht die nationale Ehre und Würde in Frage kommen.

### Reichstag.

888. Sitzung vom 20. April.

Bei der Fortsetzung der Haushaltserörterung des Reichswirtschaftsministeriums zeigte sich der ganze Gegenstand zwischen bürgerlicher und sozialistischer Wirtschaftspolitik.

Herr Richter von der Deutschen Volkspartei meinte zwar die ersten Preise auf dem Geldmarkt und in der Wirtschaft annehmen, aber er fand tausend Gründe, um das Verhalten des Deutschenkampekers, des Saboteurs der Dollar-Schahnelei, der Proklamation aller Art erlässt zu machen. Er hat zwar nichts gegen die angeläufigen Regierungsmassnahmen, aber er scheint sich auch nicht viel Erfolg davon zu versprechen.

Der Demokrat Reimann ging noch etwas weiter. Er sieht überhaupt keine Schwierigkeiten für die heutigen Zustände bei den wirtschaftlichen Kreisen Deutschlands. Solange wir um 11 Milliarden Goldmark mehr Einfuhr hätten als Ausfuhr, sei an eine Befriedung nicht zu denken.

Hierauf sprach

**Robert Schmidt,**

der u. a. folgendes ausführte:

„Sinn und Zweck muß hier zur Sprache gebracht werden, was eine Gefahr für unser ganzes Wirtschaftsleben bildet. Die Steuer- und Finanzpolitik hängt eng mit der Wirtschaft zusammen. Tatsächlich ist in meiner Ministerzeit immer an einem Kontakt der Steuerpolitik mit der Wirtschaft sichtbar politisch festgehalten worden. Gewisse Kreise gehen systematisch darauf aus, den Dollar auf einen Stand von mindestens 30 000 zu bringen. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Regierung diesem Drängen nachgeben würde. Die Folgen wären neue Preissteigerungen und neue Lohnforderungen. Mit der Fortsetzung der Sanktionsaktion sind wir durchaus einverstanden.“

Bei den bestehenden Verhältnissen wächst die Front des Protektorsständig. Zu den Lohnarbeiter treten die Rentenbezüger, die Angehörigen der freien Berufe und andere. Der Gegensatz zwischen arm und reich hat sich zusehends verschärft. Dabei sehen wir, wie eine kleine Schicht großkapitalistischer Unternehmer, die auch großen politischen Einfluss hat, ganz nach ihrem Gefallen die Preise festsetzen. Wir kommen aus der Verhüllung der Markt nicht heraus, wenn wir nicht der Spekulation energisch zu Leibe gehen. Aus volkswirtschaftlichen — nicht aus politischen Gründen — hat meine Partei schon lange Maßnahmen gegen die Spekulation gefordert. Hätte man damals unsere Vorschläge beachtet, dann wäre dem deutschen Volke unendlich viel Elend erspart geblieben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wegen der Bedienordnungen hatten sich die Banken und die Börsen verschworen und sagten: „Auf keinen Fall darf dieser Karl (Schmidt) Wirtschaftsminister bleiben.“ Die Herren können sich immer noch nicht damit abfinden, daß wir nicht unterwerfen, sondern unter höchsten anormalen Verhältnissen leben. Die werbungsstarken Anteile der Provinzen und der Städte haben einen ungeheuren Markt gefunden. Man muß dem Spukgeist Gelegenheit zu werbungsstarken Anlagen geben, um es der Spekulation zu entziehen. Ein freier Markt ist jetzt nicht möglich. Die Devisenordnung wird von den Banken vielfach sehr geschickt umgangen, indem sie jedem Präsidenten ein Konto in fremden Werten geben. Aus dem eben bekannt gewordenen Abschluß der Berliner Handelsgesellschaft ergibt sich z. B., daß bei ihr 50 Milliarden in fremden Werten angelegt sind, während die Papiermarktinlagen bloß 27,64 Milliarden betragen.“

Der Reichsbauern kann der Vorwurf nicht ertragen bleiben, daß sie nicht einen scharfen Eingriff durch die Kreditbeschränkung, namentlich auch in Bezug auf die Belieferung der Deutschen, vorgenommen hat. Die jegliche Aktion kann nur dann Erfolg haben, wenn mit sehr scharfen Maßnahmen eingegriffen wird. Dafür, daß Industrie und Handel mit ihren Preisen weit über den Dollarstand hinausgegangen sind, gibt es keine andere Erklärung als die rücksichtlose Ausbeutung der Konjunktur durch die Profiteure. Die großen Industrieunternehmen bestimmen einfach die Preise, die sie haben wollen, und richten sich nicht im geringsten nach Marktverhältnissen und Indexziffern. Die Städte sind weit über die Entwicklung der Mark hinausgegangen. Und da behauptet man, daß man konkurrenzfähig gegenüber dem Auslande bleiben will.“

Ausfang des Jahres sind die Rohstoffpreise in Deutschland niedriger gewesen als in England. Wo sind die Riesengewinne geblieben, die man mit den neuen Preisen gemacht hat? Heute, wo die deutschen Preise höher stehen, schreibt man sofort, man müsse Subventionen haben, um son-

turkennfähig bleiben zu können. Die deutsche verarbeitende Industrie ist es, die nicht konkurrenzfähig ist, wenn diese Preise beibehalten bleiben. Aber gerade diese Industrie ist viel zu abhängig von den mächtigen Wirtschaftsgruppen, um opponieren zu können. Im Vergleich zu den Preisen ist die Ausfuhrquote viel zu gering. Gerade die großen Wirtschaftsgruppen haben keinen Anspruch auf die Selbstregulierung der Ausfuhrquote. Es ist durchaus falsch, daß die Ringe höher gestiegen sind als die Preise. Ganz planlos werden die Preise in die Höhe getrieben, so daß z. B. auf der Leipziger Messe eine ungewöhnliche Ungleichheit in den Preisen für die gleichen Artikel besteht. Wenn gegen diese Preisstreiterei nicht mit aller Energie eingeschritten wird, ist an eine Senkung der Lebenshaltung überhaupt nicht zu denken. (Lebhafte Beifall. Bei den Soz.)

### Der Geschäftsausgleichsausschuß

beschäftigte sich mit den Maßnahmen der Berliner Polizei gegen die Deutschnationale Freiheitspartei. Das als Angriffsteller mit verdächtiger Stimme zugeschworene deutschstädtische Abgeordnete v. Seestraß berührte, daß durch die Schließung einzelner Räume des Reichstages seiner Partei die Tätigkeiten der drei deutschstädtischen Abgeordneten Schäffler, Wulle und Henning aus das schwere beeinträchtigt worden sei. Abg. Bodans (Dem.) berichtete über den bekanntesten Vorfall, der zu der Schließung der Räume führte und erklärte, daß es nicht Aufgabe des Geschäftsausgleichsausschusses sei, die Rechtsfrage zu bearbeiten, ob Preußen berechtigt war, auf preußischem Gebiet eine Reichsflagge der Deutschstädtischen Freiheitspartei zu schlagen. Die Frage aber, ob durch die Maßnahmen des Berliner Polizeipräsidiums die persönliche Freiheit der genannten Abgeordneten und die Möglichkeit zur Ausübung ihres Abgeordnetenberufes eingeschränkt worden sei, müsse vernichtet werden. Der deutschstädtische Abgeordnete Abg. Graf-Thüringen kam zu der Ansicht, daß man einem Abgeordneten nicht vorbehalten dürfe, wieviel Räume er zur Ausübung seiner Abgeordnetentätigkeit gebrauche, mußte aber zugestehen, daß seine direkte Freiheit entzogen, wohl aber eine Beschränkung der Tätigkeit der drei Abgeordneten vorliege.

Abg. Leis machte längere juristische Ausführungen, in denen er nachwies, daß die Polizei, in Konsequenz des Verbotes der Deutschstädtischen Freiheitspartei, auch die Räume dieser Partei zu beschlagnahmen berechtigt war. Aus der Tatsache, daß die Reichstagsabgeordneten in den Räumen der Freiheitspartei arbeiteten, könne kein Rechtsanspruch auf die Unzulässigkeit dieser Räume hergeleitet werden. Es handle sich um eine verwaltungspolitische Verfügung, die sich gegen eine verbotene Partei richtet und zu Recht besteht. Abg. Dr. Kahl (D. Volksp.) unterstrich den deutschstädtischen Antrag auf Aufhebung der Beschlagnahme. Abg. Tillmann wies am Ende des Vortrages zum Schutz der Republik die Berechtigung des Vorgehens der preußischen Regierung nach. Im übrigen verwies er die Abgeordneten der Rechten auf die Tatsache, daß sie in der Kaiserzeit leidenschaftlich zu den Sitten der polonaierten Immunität gehörten, die in diesem Hause nicht einmal bedroht waren. Graf Weßberg forderte ein Einschreiten des Reichstages gegen das Vorgehen der Polizei, während Abg. Bell (B.) betonte, daß die Polizei nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet gewesen sei, die Räume der verbotenen Partei zu schließen. Der Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, abgelehnt. Der Geschäftsausgleichsausschuß des Reichstages hat somit die Maßnahmen der Berliner Polizei als berechtigt anerkannt.

### Sturmzonen im Preußischen Landtag.

Berlin, 21. April.

Im Preußischen Landtag kam es am Freitag nachmittag bei der Verolung des Haushalt des Ministeriums des Innern, zu so hämischen Auseinandis, wie sie das Haus noch kaum erlebt hat. Mit der Haushaltserörterung verbundene waren kommunalpolitische Interpellationen über das Verbot der „Roten Fahne“ und über die Belagerung von Zahl mit Schupolizei, sowie eine Interpellation der Deutschnationalen über das Verbot der Deutschstädtischen Freiheitspartei. Die kommunistische Interpellation begründete Abg. Schröder, wobei er sich viele Rednungsräume zugeschlagen, sich aber dennoch bei der Erörterung der Vorgänge in Mühlheim zu der Behauptung vertrieb: Wenn es gegen die Arbeiter geht, dann wendet sich die Gaunerbande auch an den „Erbfeind“. Und das nur, weil von den Franzosen verlangt worden war, daß nach dem von Schupolizei entblögten Mühlheim Kommunalpolizei benachbarter Städte herangezogen werden dürfe, um die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

Der Sprecher der Deutschnationalen, Mitglied des Reichstags, Schlaeger-Schönings, der die Interpellation über die Aussöhung und das Verbot der Deutschstädtischen Freiheitspartei zu begegnen hatte, suchte den Kommunisten zu übertrumpfen. Trotz allen Treibereites in München und anderwärts sind für diesen Junker die Deutschstädtischen die reinsten Engel, die unter keinen Umständen vor den Staatssicherheitshof gehoben, höchstens mal in eine Kollaborationsanstalt. Aber weil Minister Severing gegen Hanauer vorgeht, die einer solchen Art bedürfen, gehörte er vor den Staatssicherheitshof wegen „unverantwortlicher Gefährdung wichtiger Lebensinteressen des deutschen Volkes“. Aber Herr Schlaeger

trieb keine Hebe noch weiter und machte Severing verantwortlich für die Vorgänge in Mühlheim, obwohl er genau wissen mußte, daß in dieser Stadt die Franzosen die Schupolizei aufgelöst haben. Die Entstaltung der Parteien der Linken gegen die Ausführungen des deutschnationalen Regierung kann folglich keine Grenzen mehr, als er Severing anpöbelte:

„Ich wünsche einem Minister, der die Brandstiftung der Zwietracht in das deutsche Volk wirkt, zuwissen: „Quoniam tandem, Catilina“, wenn ich nicht überzeugt wäre, daß an diesem partei-politisch geborstenen Herzen jeder Appell an das vaterländische Gefühl abprallt.“

Als es der Vizepräsident Pösch unterließ, gegen diese Verleumdungen zu protestieren, kam es zu starken Räumungen, da die Abgeordneten der Linken den deutschnationalen Junker nicht mehr weiter sprechen lassen wollten, sondern auf den Ordnungskräften bestanden. Vergebens verließ der Innenminister selbst seinen Platz und begab sich zu seinem Parteigenossen, um die erregten Gemüter zu beruhigen. Unter losendem Räumungsräume des Junker nach diesem provozierenden Antritt von der Bühne abgetreten, begleitete von stürmischen Phrasen des Linken.

Da geschah das Ungehörige, daß die Brandstifter der Deutschnationalen unterstellt wurden durch lautes Beifallsapplaus auf den Tribünen. Wieder verlangten die Sozialdemokraten vorweg von Siegelspräsidenten die Räumung der Tribüne, so daß einzelne Sozialdemokratische Abgeordnete sich selbst dorthin begaben und die Räumung mit Hilfe der Diener vornahmen. Es verging noch genaue Zeit, bis im Hause wieder Ruhe eingetreten war und der Redner der Sozialdemokratie zunächst den deutschnationalen und kommunistischen Herren die gebührende Antwort erteilen konnte.

### Parade in Stettin.

Prinz Eitel Friedrich — Mackensen — Seestraß.

Berlin, 20. April.

Die Abgeordneten Nuhnl und Hört haben folgende Anfrage im Reichstage eingebracht:

Am Sonntag, 15. April, ist in Stettin eine Gedächtnisschau für die im Weltkrieg Gefallenen der ehemaligen 4. Division enthalten worden. Diese Feier ist von alten und inaktiven Offizieren zu einer nationalistischen, monarchistischen Propaganda missbraucht worden. Diese Behauptung gründet sich auf folgenden Tatsachen:

Der Stettiner Polizeipräsident hatte in Erwähnung gebracht, daß die Verantwortlichen der Gedächtnisschau mit Musil planten. Da solche Anlässe der politischen Genehmigung bedürfen, ließ der Polizeipräsident dem Standortkommandanten, Oberstleutnant Scheffel, unter Begründung mitteleben, daß er diesen Gedächtnisschau mit Genehmigung versorge. Troy der Verbold zog gegen Angehörige der Reichswehr und Militärvereine in geschlossenen Formationen unter Befestigung einer Militärkapelle nach der Gedächtnisschau. Auf dem Kasernehof nahmen die Umgangsschau gegen die Feier teil. Der General der Heeresleitung, General v. Eest, der Teilnehmer der Gedächtnisschau war, schritt unter den Klängen des Präsidentenmarsches, die Front ab, und zwar in Begleitung des Prinzen Eitel Friedrich und dessen Sohnen, sowie des Generalfeldmarschalls v. Mackensen und anderer Generäle. General v. Eest nahm dann noch mit seiner Begleitung eine Parade ab. Die monarchistische Schauheilung wiederholte sich noch einmal vor dem Generalfeldmarschall v. Mackensen.

Zur Regierung dieser Stettiner Vorgang bekannt?

Zur die Regierung bereit, Maßnahmen zu ergreifen, damit derartig standöse antisemitische Handlungen unterbleiben und die republikanische Reichswehr von monarchistischen Personen ferngehalten wird?

### Das neue schwedische Kabinett.

Stockholm, 20. April.

Laut amtlicher Mitteilung hat der König das Kabinettsgeheimnis des Kabinetts Branting bewilligt

und die Ernennung des Kabinetts Trygger vollzogen.

Wie halbamtlich mitgeteilt wird, hat Reichsgerichtsrat a. D. Trygger dem König heute folgende Ministerliste unterbreitet: Ministerpräsident: Trygger. Außenminister: Hebernius, bisher Statthalter von Stockholm (früher Mitglied eines konservativen Ministeriums). Justizminister: Elsberg, Rechtsgelehrter, Professor und früherer Minister. Handelsminister: Wohlin, Professor, Vertreter der schwedischen Agrarier. Finanzminister: Wester, bekannter Finanzmann und früherer Minister. Kultusminister: Gislon, bisher schwedischer Reichsarchivator. Landwirtschaftsminister: Petersson, bekannter Landwirt. Verteidigungsminister: Malmroth.

Landesgouverneur: Verkehrsminister Löwendal. Landeshauptmann: Sozialminister: Malm. Landesgouverneur: Minister ohne Portefeuille: Staatssekretär Haselrat und Staatssekretär Stridberg.

### Rücktritt der griechischen Regierung.

London, 21. April.

Der griechische Außenminister Alexandris ist nach Athener Meldeungen vor seiner Reise nach verschiedenen europäischen Hauptstädten nach Griechenland zurückgekehrt. Die polnischen Kreise beschäftigen sich nach der Rückkehr des Ministers mit der wieder aufgeworfenen Frage der Kabinetsneubildung. Weitgehende Kabinetsveränderungen gelten für bevorstehend, wobei dem gegenwärtigen Außenminister Alexandris die Leitung der Regierungsgeschäfte übertragen werden soll.

### Griechischer Kabinetsausfall in Bulgarien.

Sofia, 21. April.

Wie die Bulg. Telegraph-Agentur meldet, brach in der Nacht zum 16. d. M. eine griechische Bande in bulgarisches Gebiet ein und überfiel die Ortschaft Gabatz. Ein Sergeant und zwei Gendarmen wurden gefangen genommen. Am folgenden Morgen wurde der Sergeant zum bulgarischen Unterprißet mit einem Schreiben gesandt, in dem ein Befehl vor zwei Millionen Lewa verlangt wurde. Die Bande ermordete einen Gendarmen und verlor einen Gendarmen und beging Plunderungen. Die Regierung beantragte die bulgarische Gesandtschaft in Athen, die Ausstellung des griechischen Kabinets der Regierung auf die häufigen Einfälle griechischer Banden zu lenken und dringend um Abhilfemaßnahmen zu bitten.

### Ägypten erbliche Monarchie.

London, 21. April.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem König Faru von Ägypten und seinen Ministern sind beigelegt. Der König hat, wie bereits gemeldet, die neue Verfassung unterzeichnet. Er erklärt Ägypten zu einem souveränen unabhängigen Staate mit erblicher Monarchie. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß die Verfassung in keiner Weise die Verpflichtungen Ägyptens gegenüber fremden Ländern in Ägypten in Mitleidenschaft zieht.

### Ältere Auslandsnachrichten.

Budapest, 20. April.

Im Zusammenhang mit dem ungarisch-tschechischen Grenzkonflikt hat die ungarische Regierung der tschechischen vorgeschlagen, mit der Untersuchung der Frage und mit der Feststellung des wahren Tatbestandes eine gemeinsame ungarisch-tschechische oder internationale Kommission zu betrauen.

London, 20. April.

Das Unterhaus hat einen Gesetztragung auf Verbot des Astrologie in England mit 236 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

London, 20. April.

Reuter meldet aus Dublin: Die Belagerung der Helfenhöhle in Kerry, in der sich sieben Aufständische gegen die Regierungstruppen verteidigten, ist beendet. Von den Aufständischen sind zwei erschossen, zwei kürzten ab und fanden den Tod im Wasser; die übrigen drei wurden gesungen.

### Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

— Die am 20. April ausgegebene Nr. 20 v. Teil I des Reichs-Gesetzesblattes enthält: Bd. d. Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung; Bd. zur Abänderung der Bd. über die Beschämung der Verabredung von Kartoffeln in Brennereien, sowie Bd. über Ausklaufstellen für Anträge auf Gestellung von Kriegsbeschädigungen.

### Bom Landtag.

Die nächste Sitzung des Landtages findet Dienstag, den 24. April, vor 11 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen die neuen Vorlagen über Haftentlassung, Änderung des Wiederaufnahmegesetzes, Schachtwieherversicherungsgesetz, Bekämpfung der Raubmorde und Änderung des allgemeinen Verzehrsteuergesetzes.

### Devisenkurse. 21. April.

Telegraphische Kur-	Wkd.	Brz.	Geld	Brz.
gutachten auf	21.4.	21.4.	20.4.	20.4.
Frankfurt..... 1 Gulden	10174.50	10225.50	9975.00	10035.00
Kopenhagen..... 1 Krone	4912.00	4907.31	4802.00	4827.04
Schweiz..... 1 Gulden	6037.55	6062		

## Amtlicher Teil.

### Genehmigte Sammlungen und genehmigter Vertrieb von Gegenständen.

Name des Unternehmers	Sitz	Wohlfahrtszweck	Bezirk und Zeit	Genehmigungsberechtigte
Ehrenmals-Ausdruck	Dohna	Sammlung zur Errichtung eines Krieger-Gedenkmals	Kirchgemeindebez. Dohna bis 15. Mai d. J.	Kreisb. Dresden
Ev.-luth. Jungmännerbund im Sachsen, E. V.	Dresden	Sammlung zur Einrichtung von Betriebsheimen u. Wanderbleiben usw.	in Sachsen i. d. Monaten April bis Juni 1923	Ministerium des Innern

Dresden, den 20. April 1923.

IV L [576]

Ministerium des Innern.

### Erleichterte Zwangsvollstreckung für Krankenfassen.

Auf Grund des § 404 Abs. 4 der Reichsverfassungsordnung in der Fassung des Art. I Nr. 2 des Gesetzes über Änderungen in der Reichsverfassung ordnete die Reichsregierung am 21. Juli 1922 (RGBl. S. 654) in Verbindung mit § 28 der RVO, werden die Versicherungsämter ermächtigt, nach Anhören der Kasse die geschäftsfähigsten Angehörten einer Krankenfamilie als Vollstreckungsbeamte und die sonstigen Kostenangestellten als Vollstreckungsbeamte zu bestellen. Wenn die Kasse die Bestellung beantragt, hat das Versicherungsamt von der Erreichung regelmäßig Gebrauch zu machen, nachdem es sich überzeugt hat, daß die Kostenangestellten hinreichende Kenntnis von den einschlägigen Vorschriften besitzen.

Die Vollstreckungsbeamten haben die Aufgaben der Vollstreckungsbehörden im Sinne des Gesetzes über Zwangsvollstreckung wegen Geldleistungen in Verwaltungssachen wie vom 18. Juli 1902 (G.-u.-B.-Bl. S. 294, §§ 1, 15), die Vollstreckungsbeamten die Aufgaben der Vollstreckungsbeamten im Sinne des gen. Gesetzes (§§ 4, 5, 16—21) in Verb. mit den Verordnungen, die Bestellung beschließt. Zustellungen in Verwaltungssachen betr., vom 3. Sept. 1888 (G.-u.-B.-Bl. S. 591) und vom 26. Jan. 1902 (G.-u.-B.-Bl. S. 5) — zu erfüllen.

Die §§ 5 und 6 der Generalverordnung des Ministeriums des Innern, die Handhabung des Gesetzes über die Zwangsvollstreckung wegen Geldleistungen in Verwaltungssachen betr., vom 30. Oktober 1900 gelten entsprechend für die Krankenfamilien-Vollstreckungsbeamten und -Vollstreckungsbeamten. Die in § 6 dieser Generalverordnung erwähnte Dienstanweisung für den Vollstreckungsbeamten ist dem Versicherungsamt vorzulegen.

Die Führung der erforderlichen Segelmarken ist in der Weise erlaubt, daß sie lediglich die Bezeichnung der Krankenfamilie und das „Der Vollziehungsbeamte“ enthalten dürfen.

Dresden, am 20. April 1923.

Arbeitsministerium. Ministerium des Innern.

Der Reichsarbeitsminister hat mit Zustimmung des Reichsrats die Unterstützungsfälle in der Gewerkschaftsversicherung wie folgt erläutert:

Die Höchstzölle der Gewerkschaftsunterstützung betragen vom 16. April 1923 an:

in den Orten der Kreis A B C D E M. m. M. W.

1. für männl. Personen

a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben

2400 2250 2100 1950

b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben

2100 1950 1800 1650

c) unter 21 Jahren

1450 1350 1250 1150

2. für weibl. Personen

a) über 21 J., sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben

2100 1950 1800 1650

b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben

1750 1650 1550 1450

c) unter 21 Jahren

1300 1200 1100 1000

3. als Familiengutschläge für

a) den Chegatten

850 800 750 700

b) die Kinder u. sonstige Unterstützungsberecht.

Angehörige

700 650 600 550

Dresden, 21. April 1923. Arbeitsministerium.

Begl.sort. Reg.-Med.-Rat Dr. Paarmann in Kamenz ist vom 23. April bis mit 9. Mai d. J. beraubt. Seine Stellvertretung erfolgt durch Begl.ort. Reg.-Med.-Rat Dr. Sauer in Bautzen.

II 2 U 581  
Bautzen, 20. April 1923. Kreishauptmannschaft.

Gesamtministerium. Das Gesamtministerium hat den Senatspräsidenten Bößler auf sein Anuchen den Namen eines Mitgliedes des Kompetenzgerichtshofes entbunden und an seine Stelle den Oberlandesgerichtsrat Dr. Werner in dieses Amt berufen.

Im hiesigen Handelsregister ist heute eingetragen worden:

A. auf dem die Firma Blauener Bank Aktiengesellschaft in Auerbach i. B. Zweigniederlassung der in Blaue unter der gleichen Firma bestehenden Hauptniederlassung, best. Blatt 718; Prokura ist erteilt den Bankbeamten a) Friedrich Pehel in Blaue (Vogtl.), b) Fritz Wölk, dafelb., c) Hans Langhof, dafelb., d) Erich Wolf in Reichenbach (Vogtl.), e) Willy Poppitz in Blaue (Vogtl.), f) Johannes Süßer in Reichenbach (Vogtl.), g) Walther Müller, dafelb., h) Paul Fischer, dafelb., i) Walther Steinweg in Reichenbach, k) Hermann Seelmann in Oelsnitz (Vogtl.). Jeder von Ihnen darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft

nicht mehr selbstvertretendes, sondern ordentliche Mitglied des Vorstandes. Zu Selbstvertretenden Vorstandsmitgliedern sind bestellt der Betriebsdirektor Theodor Baader in Frankfurt a. M. und der Prokurst Otto Eicher in Gotha. Es wird noch folgendes bekanntgegeben: Die neuen Vorzugs- und Stammaktien werden zum Kurs von 100 % ausgegeben. Die neuen Vorzugsaktien erhalten dieselben Rechte wie die bisher bestehenden Vorzugsaktien mit der Abänderung, daß sie 1. ein achtfachiges Stimmrecht bei der Beschlusffassung über die in § 3 Absatz 7 des Gesellschaftsvertrags genannten Punkte gewähren und 2. außer 7 % Vorzugsdividende noch auf jedes Prozent Gewinnauschüttung, welches auf die Stammaktien über 80 % hinaus ausgezahlt wird, 1/2 % Mehrzuladung erhalten. Sie können unter den gleichen Bedingungen und Voraussetzungen wie die bisherigen Vorzugsaktien eingezogen werden mit der Abänderung, 1. daß die Einziehung erst vom 1. Januar 1929 erfolgen kann, 2. daß ihre Rückzahlung mit 120 % des Reinbeitrages abhängig etwas nicht gesetzter Einzahlungen zu erfolgen hat. Im Falle der Liquidation erhalten sie ein Ausgeld von 20 % des Nominalwerts.

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 20. April 1923.

Im Genossenschaftsregister ist heute auf Blatt 23 (Wermendorfer Bauk. e. G. m. b. H. in Wohlhausen) Zweigniederlassung der unter der selben Firma in Wermendorf befindenden Genossenschaft), eingetragen worden: Die Sogung ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 28. Januar 1923 mit beschränkter Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit der Gesellschaften der offiziellen Handelsgesellschaft unter der Firma Voßler & Hartenstein in Leipzig gehörige gesamte Betriebsvermögen dieser Gesellschaft nach dem Stand vom 31. März 1923 mit der beschränkten Haftung einzuhalten. Das Einbringen umfaßt die aus der Inventur und Bilanz erzielten Aktiva und Passiva, sowie alle sonst etwa vorhandenen Gegenstände, Forderungen und Verpflichtungen des Betriebsvermögens, insbesondere alle laufenden Verträge und unerledigte Abschlüsse. Die Einbringenden halten für Leistungsfähigkeit

rezen Mitglieds, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich oder durch ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen gemeinschaftlich vertreten. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, einzelnen Mitgliedern des Vorstandes die Befugnis zu erteilen, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zu Vorstandsmitgliedern sind bestellt die Abteilungsleiter Peter Drögmayr in München, Bernhard Günther in Berlin, Dr. jur. Wolther Wieland in Berlin-Grunewald, Kurt Grumbiegel in Berlin-Wilmersdorf, zu selbstvertratenden Mitgliedern des Vorstandes sind bestellt die Abteilungsleiter Simon Nied in Rüdersberg, Ludwig Rosner in Bickendorf und Willi Bauer in Berlin. — Weiter wird noch bekanntgegeben: Der Vorstand besteht aus einem oder mehreren Mitgliedern. Die Ernennung erfolgt durch den Aufsichtsrat. Die Generalversammlung mag unter Belohnung der Tagesordnung so rechtzeitig im Deutschen Reichsbauernverband zu erscheinen, daß zwischen dem Tage der Veröffentlichung und der Generalversammlung neunzehn voller Tage liegen. Alle Bekanntmachungen der Gesellschaft haben durch den Deutschen Reichsbauernverband zu erfolgen. Der Aufsichtsrat kann anordnen, daß die Bekanntmachungen noch durch weitere Zeitungen erfolgen sollen. Die Aktionen laufen auf den Inhaber. Von den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingerichteten Schriftstücken kann bei dem unterzeichneten Gericht Einsicht genommen werden.

Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 19. April 1923.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 22068 die Firma Ernst Pippig & Co. in Leipzig (Wohlstr. 58). Gesellschafter sind der Ingenieur Carl Ernst Pippig in Leipzig, als persönlich haftender Gesellschafter, und eine Kommanditistin. Die Gesellschaft ist am 1. Januar 1923 errichtet. (Angebelter Geschäftszweig: Vertrieb von neuen und gebrauchten Maschinen und Ein- und Verkauf von sonstigem Industriebedarf);

2. auf Blatt 22069 die Firma Albert Weißer in Leipzig (Brandenburger Str. 8). Der Kaufmann Ernst Albert Weißer in Leipzig ist Inhaber. (Angebelter Geschäftszweig: Großhandel mit Lebensmittelwaren);

3. auf Blatt 22068, bet. die Firma Franz Kordus Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Das Stammkapital ist durch Beschluss der Gesellschafter vom 29. Dezember 1922 und 15. März 1923 auf fünfhunderttausend Mark erhöht worden;

4. auf Blatt 22734, bet. die Firma Otto Körber & Sohn & Co. in Leipzig: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Otto Krause ist als Gesellschafter ausgeschieden. Alfons Körber führt das Geschäft und die Firma als Alleinhaber fort;

5. auf Blatt 21014, bet. die Firma Carl Altmüller, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Gesellschafter vom 26. Februar 1923 laut Notariatsprotokoll von diesem Tage in § 6 abgeändert worden. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Heinrich Hans Breitling in Leipzig bestellt. Seine Firma ist erloschen. Sind mehrere Ge-

schäftsführer bestellt, so ist jeder der selben zu Vertretung der Gesellschaft allein ermächtigt;

6. auf Blatt 21402, bet. die Firma Hochmuth & Nehmogen in Leipzig: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Otto Nehmogen ist als Gesellschafter ausgeschieden. Hermann Otto Hochmuth führt das Geschäft und die Firma als Alleinhaber fort;

7. auf den Blättern 15726, 15892 und 19200, bet. die Firmen Euseb Mühlein, Handelskasse Alois Neuerbach und Hauptniederlassung Euseb Mühlein & Co., sämtlich in Leipzig: Die Firma ist erloschen.

In der Bekanntmachung vom 24. März 1923 unter Nr. 2 heißt die Firma Euseb Mühlein und deren Inhaber Janos Georgi Novi.

Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 19. April 1923.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 22071 die Firma Paul Gellatius in Leipzig (Görlitzer Str. 1). Der Kaufmann Paul Adolph Gellatius in Leipzig ist Inhaber. (Angebelter Geschäftszweig: Großhandel mit Maschinen);

2. auf Blatt 22072 die Firma Walter & Franz in Leipzig (Schönlebener Str. 22). Gesellschafter sind die Kaufleute Gustav Willy Walter und Eugen Walter Curt Franz, beide in Leipzig. Die Gesellschaft ist am 1. April 1923 errichtet. (Angebelter Geschäftszweig: Großhandel mit und Vertretung in Eisen- und Stahlwaren);

3. auf Blatt 15719, bet. die Firma Franz Gerdau Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Das Stammkapital ist durch Beschluss der Gesellschafter vom 29. Dezember 1922 und 15. März 1923 laut Notariatsprotokoll von diesem Tage in § 4 abgeändert worden;

4. auf Blatt 17734, bet. die Firma Erich Brangsch Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Das Stammkapital ist durch Beschluss der Gesellschafter vom 9. April 1923 auf siebenhunderttausend Mark erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den gleichen Beschluss vom 9. April 1923 erweitert. (Angebelter Geschäftszweig: Vertrieb von neuen und gebrauchten Maschinen und Ein- und Verkauf von sonstigem Industriebedarf);

5. auf Blatt 18268, bet. die Firma Otto Körber & Sohn & Co. in Leipzig: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Otto Krause ist als Gesellschafter ausgeschieden. Alfons Körber führt das Geschäft und die Firma als Alleinhaber fort;

6. auf Blatt 19146, bet. die Firma Paul Golze in Leipzig: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Franz Curt Baumgärtel ist als Gesellschafter ausgeschieden. Der Kaufmann Paul Karl Alexander Golze in Leipzig führt das Handelsgeschäft samt der Firma als Alleinhaber fort;

7. auf Blatt 10572, bet. die Firma Wilhelm Böthker in Leipzig: Die Firma ist erloschen;

8. auf den Blättern 19697 und 20003, bet. die Firmen Dr. Konrad & Co. und Bergmann & Papke, beide in Leipzig: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist — infolge Übergangs aus einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung — erloschen.

Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 19. April 1923.

Auf Blatt 22073 des Handelsregisters ist heute die Firma Segall & Segall Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Goethestr. 1) unweit weiter eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 22. März 1923 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Großhandel mit Schuhwaren.

Auf Blatt 631 des Grundbuchs für Sachsen eingetragene, verliehene Bergbaurechtsurkunde, in einer Größe von 106 Hektar-

einheiten, ist von dem Berechtigten, dem Sächsischen Bergbauverwaltungsrat, am 31. März 1923 aufgegeben worden. Nach §§ 392, 393 des Allgemeinen Berggesetzes vom 31. August 1910 können die Hypotheken-, Grund- und Rentenabgabebildiger sowie jeder, der auf Grund eines Urteilstextes das Bergbaurechtsgesetz in das Vermögen des Bergbaubetriebes herbeizuführen in der Weise ist, binnen drei Monaten nach dieser Bekanntmachung die Zwangserhebung des Bergbaurechts beantragen. Das gleiche Recht hat der Konkursverwalter. Wird innerhalb der Frist die Zwangserhebung nicht beantragt, oder führt die Berichtigung verzögert an, so erhält das Bergbaurecht. Amtsgericht Schneeberg, 16. April 1923.

Auf Blatt 662 des Handelsregisters ist heute die Firma Babette Lenhardt, Joh. Eduard Lenhardt in Obersehma, und als deren Inhaber der Kaufmann Eduard Robert Lenhardt in Obersehma eingetragen worden. Angebelter Geschäftszweig: Herstellung und Vertrieb von Perlachten.

Amtsgericht Schneeberg, den 17. April 1923.

## Dresden.

### Bezirksausschuss.

In der am Freitag unter Vorsitz des Amtshauptmanns Dr. Schulte abgehaltenen öffentlichen Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Dresden-Altkreis wurde die Einführung der Jugsteuer in dreifacher Höhe des gesetzlichen Mindestbetrages beschlossen.

Demnach beträgt der Steuersatz für ein Kind 9000 M. und für einen Jugendlichen 7200 M. Es wird mit einem Steuerzettel von rund 25 Millionen gerechnet. Weiter wurde eine Erhöhung der Vergnügungssteuer erlaubt beschlossen. In Übereinstimmung mit der Verteilung des Sozialaufwands wird die allgemeine Tanzsteuer von 10 auf 30 M. und der neuwertige Zuschlag des Verantwickelten von 20 auf 70 M. erhöht. Dann wurde in die Verordnung der Haushaltspläne für das Rechnungsjahr 1923 eingetreten. Für die Wohlfahrtspflege ist der Aufwand auf über 80 Mill. M. veranschlagt. Den Entwürfen wurde zugestimmt. Am 4. Mai soll der nächste Beiratssitz stattfinden. — Das Ortsgericht der Gemeinde Bautzen über die Kostenlose Totenversicherung wurde nicht genehmigt, weil die Art der Heranziehung der Leidenswohne zu den Kosten auf eine Einkommensteuer hinauslaufen würde und daher mit einem Einspruch des Fleischfinanzhofs gerechnet werden müßte. Genehmigt wurde aber ein gleiches Ortsgericht der Gemeinde Görsdorf, wo der Aufwand von dem Beitrag der Altersgenossenschaften bestimmt werden soll.

\* Handelshöchstpreise für Milch, Butter, Käse. Nachdem durch Ministerialverordnung vom 17. April d. J. neue Gelegenheitspreise für in Sachsen gewonnene Milch und Milcherzeugnisse festgesetzt worden sind, hat die Preisprüfungskommission Dresden folgende Handelshöchstpreise festgesetzt: 547 M. für 1 Kölmlurch im Großhandel, 612 M. im Kleinhandel, 300 M. für 1 Käsegermilch oder Buttermilch im Großhandel, 340 M. im Kleinhandel. Verlust der Kuhhalter im Kleinhandel unmittelbar an den Verbraucher ab Gehöft, so dürfen nicht mehr als 440 M. für 1 Kölmlurch und 220 M. für 1 Käsegermilch oder Buttermilch genommen werden. Für das Zubringen des Milch ins Hand oder bei Abgabe an Bogen dürfen 2 M. Aufschlag für das Käse verlangt werden. 5025 M. für ein Pfund Bäuerinbutter im Kleinhandel, 4800 M. ab Gehöft im Kleinhandel an Verbraucher, 5900 M. für ein Pfund Molkeributter im Großhandel, 6490 M. im Kleinhandel, 5650 M. im Kleinhandel ab gew. Molkeributter an Verbraucher. 620 M. für ein Pfund Bauernquark im Großhandel, 680 M. im Kleinhandel, 528 M. im Kleinhandel ab Kuhhalter an Verbraucher, 715 M. für ein Pfund Molkeributter im Großhandel, 780 M. im Kleinhandel, 600 M. im Kleinhandel ab gew. Molkeributter an Verbraucher. Die Preise sind die höchsten Preise, der Verkauf zu niedrigeren

Preisen ist zulässig. Überschreitung der Höchstpreise zieht strafliche Verfolgung nach sich. Die Preise treten am 22. April in Kraft.

\* Verbund Deutscher Bellamechaleute. Eine interessante und zeitige Beratung findet am 23. April abends 8 Uhr im Vortragssaal der Technischen Hochschule zu Dresden, Bismarckplatz, statt. Dr. Ing. Bräsch wird über "Zeitgemäße Bureau- und Werbeleidenschaft" sprechen. Nach dem Vortrag folgen praktische Vorführungen und Diskussionen sowie allgemeine Auskünfte. Veranstalter ist der Verband Deutscher Bellamechaleute, Ortsgruppe Dresden. Das Thema dürfte für weite Kreise von hohem Wert sein. Eintritt frei. Gäste willkommen.

\* Notar für Dresden. Der Rechtsanwalt Ernst Johannes Giese ist zum Notar für Dresden auf so lange Zeit, als er hier seinen Amtesitz haben wird, ernannt worden.

\* Die Begehrungen im Bienenhof. Das Präsidium des Polizeipräsidiums teilt folgendes mit: Um Mißverständnissen entgegenzu treten, die sich im Landtag bei der Befreiung der Anfragen über die Festnahmen im "Bienenhof" gezeigt haben, wird folgendes mitgeteilt: 1. Ein auf die Anzeige eines Festnahmen gegen Beamte wegen Freiheitsberaubung abhängiges Verfahren ist eingestellt. Die gegen den Einstellungsbefehl erhobene Beschwerde ist vom Generalstaatsanwalt verworfen worden. 2. Die Untersuchung gegen die im "Bienenhof" festgenommenen wird vom Oberreichsanwalt fortgeführt.

\* Gewerkschaftsband der Angestellten. Der Bund veranstaltet am 12. und 13. Mai in Chemnitz seinen 5. Sachsenstag. Vertreter von über 150 Betriebsgruppen haben sich bereits angemeldet. Für Sonntag, den 13. Mai, ist im Kursaal Chemnitz eine Angestelltenkundgebung vorgesehen.

\* Prinz-Theater. Doch auch die obstrakte Gesellschaftswohlfahrt sich des Films als Hilfsmittel ihrer Fortschritte mit Vorstell bedienen kann, zeigte "Dr. Borkus", der im Rahmen einer sensationellen, richtigen Filmgeschichte doch auch Zeitschicht dargestellt. Ein zweiter Versuch in dieser Richtung ist der Ufa-Film "Die Prinzessin von Sunaria", nach dem Roman von Ludwig Wolff, für den Film in 7 Akten bearbeitet von Thea v. Harboe. Der Roman behandelt eines der eigenartigsten und tragischsten Probleme unserer Zeit: das seelische Leben eines Volkes im Zug, die Schicksale der hunderter und abeckhunderttausend russischen Emigranten in Deutschland und Europa. Die Neuzeit hat eine derartige Vollumschließung, daß in den einzelnen Gemeinden befindenden besonderen Bedürfnisse, vorgezeichneten wird, und daß dem Pflegeaufsatz u. a. das Recht zustehen soll, aus seiner Mitte den Menschen zu wählen. Weiter sind Bedenken zu erheben gegen die Bestimmung, nach welcher als Pflegegebiet jeder Bezirksvorstand, so wie jede Bezirksteile, einzeln oder Gemeinde zu gelten hat. Ein solcher schematischer Übergang der jetzt bestehenden Wohlfahrtspflegebezirke an die Bezirksvorstände soll vermieden und die leistungsfähigen Pflegebezirke in ihrer gegenwärtigen Gestaltung erhalten werden. Auch ist eine Erhaltungspflicht der unterhaltspflichtigen Angehörigen bei den außerordentlich geistigem Aufwendungen der Gemeinden (ein Kranke verbraucht zurzeit eine jährliche Ausgabe von rund 2,1 Millionen, ein Krappel von rund 1,5 Millionen) auch in der Wohlfahrtspflege unerlässlich. Mit Aufhebung der Fürsorgevereine und Übertragung ihrer Aufgaben auf die Pflegebezirke ist man einverstanden, bei Übernahme sämtlicher Kosten auf den Staat. Die Unterstellung aller Berufsschulen (Fortschulungs- und Gewerbeschulen) unter das Wirtschaftsministerium wird gewünscht, weil nur dort die erforderliche Berücksichtigung der vorliegenden sachlichen Interessen, denen gegenüber bei den Berufsschulen das erzieherische Wissenschaftsrat getreten hat, gewährleistet. Nachdem Reich und Staat den Urlaub für die Beamten auch im laufenden Jahr nach den Grundlagen des vergangenen Jahres geordnet haben, wird die Verordnung des gleichen Urlaubes auch für die ländlichen Gemeindebeamten für angemessen erachtet. In der vom Ministerium des Innern am 8. Juli v. J. erlassenen Verordnung über Tangverjährungen ist gesagt, daß der Justiz Personen vor vollendetem 16. Lebensjahr verbieten ist. Es hat sich als dringend notwendig herausgestellt, daß Fortbildungsschulpflichtige Personen vor Berufsschulen öffentlicher Tangverjährungen allgemein unterstellt werden, wie dies früher der Fall war. Die Regierung soll um entsprechende Abänderung der Verordnung erucht werden.

Einzelne Pflegebezirke am Wohlstandsvorstand und mit verwandten Arzneien, sowie die Bekanntmachung an gleichartigen Unternehmen. Das Sammelkapital beträgt fünf Millionen Mark. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. In den Gesellschaftern sind bestellt die Kaufleute Siegfried Egall in Leipzig und Erich Egall in Düsseldorf. — Weiter wird bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsbauernverband und Preußischen Staatsanwälte oder durch das Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 19. April 1923.

Auf Blatt 378 des gleichen Handelsregister, die Firma Altmann & Co. in Bickenstein-Gallenberg steht, ist heute eingetragen worden: Eine Zweigniederlassung ist in München errichtet worden. Amtsgericht Lichtenstein-Gallenberg, 18. April 1923.

Auf Blatt 129 des gleichen Handelsregister, die Firma Emil Otto Röhring in Neukölln in Sachsen und als deren Inhaber der Geschäftsführer Emil Otto Röhring in Neukölln in Sachsen eingetragen worden. Angespannter Geschäftszweig: Betrieb eines Herren- und Damenmodengeschäfts. — Rennbahn in Sachsen, 20. April 1923. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 129 des Handelsregister, die Firma Eduard Engels & Co. Zweigniederlassung Oberwiesenthal i. Erzgebige in Oberwiesenthal (Sachsen) ist heute eingetragen worden: Bekanntmachung für die Zweigniederlassung ist erzielt dem Bankbeamten Friedrich Otto Böltz in Leipzig. — Er ist die Gesellschaft nur gemeinschaftlich mit einem anderen Prokuristen oder einem Handlungsberechtigten vertreten.

Amtsgericht Oberwiesenthal, 19. April 1923.

Auf Blatt 631 des Grundbuchs für Sachsen eingetragene, verliehene Bergbaurechtsurkunde, in einer Größe von 106 Hektar-

einheiten, ist von dem Berechtigten, dem Sächsischen Bergbauverwaltungsrat, am 31. März 1923 aufgegeben worden. Nach §§ 392, 393 des Allgemeinen Berggesetzes vom 31. August 1910 können die Hypotheken-, Grund- und Rentenabgabebildiger sowie jeder, der auf Grund eines Urteilstextes das Bergbaurechtsgesetz in das Vermögen des Bergbaubetriebes herbeizuführen in der Weise ist, binnen drei Monaten nach dieser Bekanntmachung die Zwangserhebung des Bergbaurechts beantragen. Das gleiche Recht hat der Konkursverwalter. Wird innerhalb der Frist die Zwangserhebung verzögert an, so erhält das Bergbaurecht. Amtsgericht Schneeberg, 16. April 1923.

Auf Blatt 662 des Handelsregisters ist heute die Firma Babette Lenhardt, Joh. Eduard Lenhardt in Obersehma, und als deren Inhaber der Kaufmann Eduard Robert Lenhardt in Obersehma eingetragen worden. Angebelter Geschäftszweig: Herstellung und Vertrieb von Perlachten.

Amtsgericht Schneeberg, den 17. April 1923.

\* Die Preisliste des Wohlfahrtspfleges ist in der Nähe der Schule einer Größe von 106 Hektar-einheiten, ist von dem Berechtigten, dem Sächsischen Bergbauverwaltungsrat, am 31. März 1923 aufgegeben worden. Nach §§ 392, 393 des Allgemeinen Berggesetzes vom 31. August 1910 können die Hypotheken-, Grund- und Rentenabgabebildiger sowie jeder, der auf Grund eines Urteilstextes das Bergbaurechtsgesetz in das Vermögen des Bergbaubetriebes herbeizuführen in der Weise ist, binnen drei Monaten nach dieser Bekanntmachung die Zwangserhebung des Bergbaurechts beantragen. Das gleiche Recht hat der Konkursverwalter. Wird innerhalb der Frist die Zwangserhebung verzögert an, so erhält das Bergbaurecht. Amtsgericht Schneeberg, 16. April 1923.

Auf Blatt 662 des Handelsregisters ist heute die Firma Babette Lenhardt, Joh. Eduard Lenhardt in Obersehma, und als deren Inhaber der Kaufmann Eduard Robert Lenhardt in Obersehma eingetragen worden. Angebelter Geschäftszweig: Herstellung und Vertrieb von Perlachten.

Aufsgericht Schneeberg, den 17. April 1923.

Auf Blatt 662 des Handelsregisters ist heute die Firma Babette Lenhardt, Joh. Eduard Lenhardt in Obersehma, und als deren Inhaber der Kaufmann Eduard Robert Lenhardt in Obersehma eingetragen worden. Angebelter Geschäftszweig: Herstellung und Vertrieb von Perlachten.

Aufsgericht Schneeberg, den 17. April 1923.

Auf Blatt 662 des Handelsregisters ist heute die Firma Babette Lenhardt, Joh. Eduard Lenhardt in Obersehma, und als deren Inhaber der Kaufmann Eduard Robert Lenhardt in Obersehma eingetragen worden. Angebelter Geschäftszweig: Herstellung und Vertrieb von Perlachten.

Aufsgericht Schneeberg, den 17. April 1923.

Auf Blatt 662 des Handelsregisters ist heute die Firma Babette Lenhardt, Joh.

**Börsenwirtschaft und Handel.**

**Dollarhaus und Warenpreise.** Die Regierung beharrt bei ihrer Auffassung, daß die neue Ausvergleichung der Währung nur eine neue Methode der Markshaltung sei. Wenn den Fall, es wäre zu soviel man sich doch fragen, welche Vorbereitungen getroffen worden sind, um ein Übergreifen der Devisenlücke auf die Warenpreise zu verhindern. Durch immer wiederholte Anführungen des Preisgebaus, der dann nicht eintritt, hat man die Arbeitskraft zu überzeugen versucht, daß nun auch nicht die Löhne erhöht werden dürfen. Auf diese Weise sind die Arbeitslöhne auf einem Stand gehalten worden, der hinter der Goldwertschätzung weit zurückbleibt. Jetzt aber ziehen die Preise mit dem Dollar an, obwohl die Regierung erklärt, daß die Stützung aktuell unvermindert andauert — jedoch diejenigen, die zu erhöhten Preisen Ware kaufen, werden darunter leiden. Natürlich würde mit an einer Stelle sofort der freie Gewichtsmarkt der Preisbereiter erscheinen. So ließen im Mittel:

	19. April	17. April
50 kg Roggen . . .	52 500	44 000
50 - Weizen . . .	62 250	51 500
50 - Mais . . .	56 500	46 000
100 - Roggennmehl . .	150 000	126 000
100 - Weizennmehl . .	165 000	142 000

Alle Preiserhöhungen von 20 % und mehr in zwei Tagen! Freilich sind die Getreidepreise dem Dollar, der sich um 40 % erhöht hat, damit ganz gefolgt. Aber je länger die Dollarherrschaft andauert, um so eher werden die erhöhten Weltmarktpreise erreicht sein, um so stärker muß die Preiswelle auch dem Verbraucher des Kreises prägt werden.

Das am Markt der industriellen Rohstoffe, die sich nach der Valuta richten, ebenfalls gewaltige Preiserhöhungen zu verzeichnen sind, ist selbstverständlich. So wiefern am Berliner Metallmarkt im Mittel das Diagramm:

	19. April	17. April
Kupferabzugspreis . . .	9 950	7 150
Blei . . . . .	3 700	2 875
Zink (roh) . . . . .	4 600	3 475
Zinn . . . . .	30 250	21 700

Metalle sind also ebenfalls, aus der Warnung der Regierung, dem Dollar im Preise nicht gefolgt.

Es ist nur zu befürchten, daß, im Anschluß an diese Preiserhöhungen des freien Marktes, auch die Industrie zu Preissteigerungen ihrer Fabrikate übergeht. Die Lebensmittel ausländischer Herkunft ist in bereits die Ausfuhrförderung der Preise in vollem Gange! Man scheint bei dem „Wechsel der Sitzungsstatistik“ übersehen zu haben, was vor 13 Wochen noch jeder wußte, daß die Warenpreise mit dem Dollar in die Höhe gehen, und was man erst in den letzten Wochen wieder erfuhr, daß sie nicht in gleichem Tempo wie der Dollar wieder heruntergingen. Die Regierung hätte sich also gegen die zu erwartende Preishölzung zur Wehr setzen müssen, wenn sie auf die Dollarherrschaft vorbereitet war. Davon ist bis jetzt nichts zu spüren. Geht leicht das aber nicht, so wird die Arbeitskraft auch in der Lohnpolitik erhöhte Fortbewegungen anmelden müssen.

**Die Stützungslücke der Reichsbank,** die am Mittwoch unterbrochen worden war, weil sich die Reichsbank von der Überprüfung und von einsichtigen Kritikern bereit vorausgesagten Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln hat überreden lassen, kommt nun wieder in Gang. Die Devisenumsätze an der Berliner Börse gingen am Freitag wesentlich zurück; es gelang den Kurs bis auf 25 500 zu senken. Bewertenswert ist, daß im freien Verkehr nicht die harten Abweichungen von dem amtlichen Verkehr zu verzeichnen waren, die man vorher beobachtete hatte. Abgesehen von Devisen waren, neben der Reichsbank, vornehmlich Hamburger Exporteure, die offenbar vorher, in Erwartung der Devisenforschung, zurückgehalten hatten. Wir erwarten, daß die Reichsbank die Stützungslücke mit einem Nachdruck fortsetzt, bis der frühere Dolarstand von 21 000 erreicht ist. Eben jetzt haben die Verbraucher in erhöhten Preisen einen wesentlichen Teil der Kosten dieses Mandatss

markts von der Preisbereiter erscheinen. So ließen im Mittel:

	19. April	17. April
50 kg Roggen . . .	52 500	44 000
50 - Weizen . . .	62 250	51 500
50 - Mais . . .	56 500	46 000
100 - Roggennmehl . .	150 000	126 000
100 - Weizennmehl . .	165 000	142 000

Alle Preiserhöhungen von 20 % und mehr in zwei Tagen! Freilich sind die Getreidepreise dem Dollar, der sich um 40 % erhöht hat, damit ganz gefolgt. Aber je länger die Dollarherrschaft andauert, um so eher werden die erhöhten Weltmarktpreise erreicht sein, um so stärker muß die Preiswelle auch dem Verbraucher des Kreises prägt werden.

**Die deutschen Guthaben in der Schweiz.** Aus „Börsen-Nationalzeitung“ schätzt man den Wert der deutschen Guthaben in der Schweiz verschieden ein, und zwar zwischen einer halben und einer ganzen Milliarde Franken. Die erste (also niedrigere) Schätzung dürfte, so glaubt die genannte Zeitung, der Wahrheit näher kommen.

**Die Haftpflicht der Spediteure.** Dieser Tage

hat die Handelskammer Leipzig auf Veranlassung des „Verbands Leipziger Spediteure“ eine

Sitzung abgehalten, zu der etwa 20 Verbände des Handels und der Industrie eingeladen waren, um über die Haftpflichtsfestsetzung der Spediteure zu beraten. Allgemein wurde von allen Anwesenden den Spediteuren zustimmt, daß man sich gegen eine Einschränkung ihrer Haftpflicht in Ambrosius der jetzt ins Uferlose steigenden Werte der zu beforstenden Güter, bei einer gerechten Erwagung des von den Spediteuren gestellten Antrags, nicht verschließen könne. Nur konnte bisher noch keine Einigung darüber erzielt werden, wie hoch sich die Haftpflichtsumme des Bruttottils belaufen soll. Es ist den Güterverstreuenden noch wie vor zu empfehlen, ihre Güter aufzuhängen, zu versichern. Bisher pflegten die Spediteure 1,20 M. für das Bruttottil als Haftpflichtsumme zu erheben. Der Verband Leipziger Spediteure, e. V., erklärte im Namen seiner Mitglieder, diese Haftpflichtsumme auf 120 M. für das Bruttottil zu erhöhen, bis zu welchem Tage ab 1. Mai 1923 die Spediteure an hiesigen Pauschalen im eintretenden Schadensfalle bestehen werden.

**Deutsch-Russische Handelsgesellschaft.** Wie die Wopo von unerreichter Seite erzählt, wird die Deutsch-Russische Handelsgesellschaft (Otto Wolff-Konzern und Außenhandelskommissariat der R. S. F. S. R.) in wenigen Tagen mit führenden russischen Produktionsgenossenschaften Vereinbarungen ausschließen müssen.

**Dresdner Kurse vom 20. April.**

**Verschiedene Kredite.**

1/7 Kred. d. Weißgerberkamm.-Ges. 4 120 000

1/7 Dresden-Großherrenkamm. 4 —

1/7 Schatzkamm.-Rathauskamm. 4 —

1/7 D. Stadtsparkasse 1915 II 5 —

1/7 D. Stadtsparkasse 1917 III 5 —

1/7 D. Stadtsparkasse 1918 IV 5 —

1/7 D. Stadtsparkasse VI-IX 5 77 000

1/7 D. Stadtsparkasse XI-XII 5 100 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1919 5 110 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1920 5 120 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1921 5 125 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1922 5 130 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1923 5 135 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1924 5 140 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1925 5 145 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1926 5 150 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1927 5 155 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1928 5 160 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1929 5 165 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1930 5 170 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1931 5 175 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1932 5 180 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1933 5 185 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1934 5 190 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1935 5 195 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1936 5 200 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1937 5 205 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1938 5 210 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1939 5 215 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1940 5 220 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1941 5 225 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1942 5 230 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1943 5 235 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1944 5 240 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1945 5 245 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1946 5 250 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1947 5 255 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1948 5 260 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1949 5 265 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1950 5 270 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1951 5 275 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1952 5 280 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1953 5 285 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1954 5 290 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1955 5 295 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1956 5 300 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1957 5 305 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1958 5 310 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1959 5 315 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1960 5 320 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1961 5 325 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1962 5 330 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1963 5 335 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1964 5 340 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1965 5 345 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1966 5 350 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1967 5 355 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1968 5 360 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1969 5 365 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1970 5 370 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1971 5 375 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1972 5 380 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1973 5 385 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1974 5 390 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1975 5 395 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1976 5 400 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1977 5 405 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1978 5 410 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1979 5 415 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1980 5 420 000

1/7 D. Stadtsparkasse 1981 5 425 000

1/7 D

